

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. eckl. Postkarte.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schönlank.

Inserate werben die 5 geplante Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schüleriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsstunden 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6, part. — Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. — Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Arbeiter, bereitet die Maidemonstration vor!

Der internationale Arbeiterkongress (Paris, 1889) beauftragte seine Delegierten, an einem bestimmten Tage des Jahres in allen Ländern eine Demonstration zu organisieren und an die öffentlichen Gewalten die Forderung des Achtstundentages und des Arbeiterschutzes zu stellen. Als Tag dieser Demonstration wurde der 1. Mai festgesetzt.

Auf dem ganzen Erdenkreis ist diesem Beschluss Folge gegeben worden. Überall, wo klassenbewußte Arbeiter organisiert sind, begeht das Proletariat in diesem Jahre zum neuntenmal den 1. Mai. Die Arbeitsruhe ist im Laufe des Jahres an diesem Weltfeiertag immer umfangreicher geworden. Und die Hundertausende klassenbewußter Arbeiter, die es nicht wagen durften, den von dem internationalen Arbeiterparlament eingesehnten Feiertag selbst mit zu begehen, waren, im stillen empört über das Sklavenjoch, in das sie die kapitalistische Entwicklung gepresst, wenigstens im Geiste bei denen, die an diesem Tage aus eigenem Willen teilnehmen konnten an der Demonstration für die

Böllerbefreiung und den Weltfrieden!

Heuer fällt der Weltfeiertag auf einen Sonntag. Die dem Kapitalismus dienenden Blätter können diesmal das philisterhafte Bürgertum nicht wochenlang vorher mit der „sozialistischen Machtprobe“ und der „proletarischen Diktatur“ aufregen. Ganz mancher Arbeiterausbeuter aber, der sonst nicht genug zetzen konnte über die Willkür der Arbeiter, aus eigenem Willen an einem Tage im Jahre sich freizumachen von den Binden des Kapitalismus, würde diesmal am 1. Mai aus Trost und Hochmut „seine“ Arbeiter in die Fabriken und Werkstätten beordern, wenn ihm das Gesetz nicht hindernd im Wege stände.

Ist es in diesem Jahre auch für die Arbeiter gegenstandslos, durch die Arbeitsruhe zu demonstrieren, so wird die Bedeutung des heurigen Weltfeiertages in der Massenbeteiligung liegen. Genossen, es gilt die Arbeiterbataillone zu formieren und durch die Teilnahme der Massen zu beweisen, daß die Hundertausende der Arbeiter der Forderung des

Achtstundentages und des Arbeiterschutzes zugestimmen, wenn sie auch früher sich den Mai-Demonstranten nicht anschließen und an der „Machtprobe“ nicht teilnehmen konnten.

Die Machtprobe des Proletariats vollzieht sich auf politischem Gebiete. Und hat in diesem Jahre der 1. Mai einen etwas

anderen Charakter als sonst, so wird das deutsche Proletariat wenige Wochen nach dem 1. Mai bei den Reichstagswahlen seine Machtprobe so liefern, daß den reaktionären Parteien die Freude daran vergehen wird.

Und kommt diesmal bei der Maifeier die Frage der freiwilligen Arbeitsruhe in Wegfall, so wird doch ihre Bedeutung als Demonstration für den Völkerfrieden und gegen Militarismus und Imperialismus um so schöner in den Vordergrund treten. Der Massenaufmarsch der Maidemonstranten von 1898 wird den Flottenpatrioten die Antwort geben auf die neue Volksbelastung, die das Marinevotum des Reichstages zur Folge hat.

Die Ereignisse auf dem politischen Gebiete geben der diesmaligen Maidemonstration einen womöglich noch größeren Inhalt. Das klassenbewußte Proletariat von Leipzig hat deshalb vollzählig auf dem Plane zu erscheinen.

Arbeiter, Genossen, trefft alle erforderlichen Vorbereitungen. Für alle gilt am Maitage die Losung:

Auf nach Stötteritz!

Die Verfassungsrevision in Württemberg.

* Leipzig, 5. April.

Aus Stuttgart schreibt uns unser Korrespondent: Zu derselben Zeit, da in ganz Deutschland die politisch mündigen Bürger auf den Plan getreten werden, um den beutelstürtzigen Feinden der Volksrechte, die sich auf einen Raubzug vorbereiten, die Flügel zu stützen, sind in Württemberg Regierung und Volksvertretung eifrig daran, ein Werk abzuschließen, das, so weit es sich bis jetzt beurteilen läßt, einen erheblichen Schritt auf dem Wege zur Erweiterung der Volksrechte bedeutet.

Zu genau zehn Sitzungen hat der schwäbische Landtag den Verfassungsreformentwurf der Regierung, der schon in zweimaliger Kommissionsberatung mehrere Verbesserungen erfahren hatte, einer gründlichen Erörterung unterzogen und seine Einzelbeschlüsse gefaßt. Es ist nicht mehr zu zweifeln, daß in der Gesamtabstimmung das Gesetz in seiner jetzigen Gestalt in der Zweiten Kammer nicht nur die erforderliche Zweidrittelmehrheit, sondern die Stimmen aller Volksabgeordneten erhalten wird. Selbst von den 28 Privilegierten dürften einige dafür stimmen, der Universitätskanzler v. Weizsäcker sehr wahrscheinlich. Auch vom Ministerpräsidenten v. Mittnacht, der bekanntlich zugleich Abgeordneter

für das Oberamt Württemberg ist, ist bestimmt anzunehmen, daß er für die Beschlüsse der Zweiten Kammer in ihrer Gesamtheit stimmen wird, obwohl er sehr entschieden für die Gewährung des Budgetrechts an die Erste Kammer eintrat.

Anders ist es nicht zu verstehen, daß Herr v. Mittnacht auch noch, nachdem im letzteren Punkte der seinem Verlangen widersprechende Beschuß vorlag, sich mit dem alten Eifer für das endliche Zustandekommen des Werkes verwandte. Wollte die Regierung die Reform am Budgetrecht scheitern lassen, so hätte sie das zweifellos gleich bei Beratung dieses Punktes erklärt.

Wiederholte Lesungen der Gesetzentwürfe, wie im Reichstage, giebt es im württembergischen Landtage nicht. Die jetzt vorliegenden Beschlüsse sind also endgültig, so weit die Erste Kammer nicht noch Änderungen vornimmt. Diese Änderungen werden in der Zweiten Kammer dann einer zweiten Beratung unterworfen. Stimmt die Zweite Kammer den Beschlüssen der Ersten Kammer nicht zu, so gehen ihre Beschlüsse wieder an die Erste Kammer, und folgt sich diese dann nicht, so erfolgt die Auszählung der bejahenden und verneinenden Stimmen beider Kammern.

Voraussichtlich wird es in der Haupsache bei den Beschlüssen der Zweiten Kammer bleiben.

Der Angelpunkt der ganzen Reform ist die Zusammenfassung der Zweiten Kammer. Die Volksförderung lautete seit Jahrzehnten auf Entfernung der Privilegierten aus der Volksvertretung. Man verstand diese Entfernung nicht so, daß die Privilegierten der Zweiten Kammer aus dieser entfernt und in die Erste Kammer versetzt werden sollten, sondern mit der Entfernung der Privilegierten sollte die Aufhebung ihrer Privilegien verbunden sein. Die württembergische Regierung hat nun zwar der Forderung, die Zweite Kammer ausschließlich vermittelst des allgemeinen gleichen Stimmrechts zu berufen, entsprochen, aber so „demokratisch“ ist auch sie nicht geworden, daß sie dem Volke dieses Zugeständnis gemacht hätte, ohne die Erste Kammer, damit sie ein ausreichendes Gegengewicht gegen die reine Volkskammer bilden zu verstärken. Sie entfernt daher zwar die Privilegierten aus der Zweiten Kammer, weist aber etwa Zweidrittel von ihnen einen einflussreicherem Platz in der Ersten Kammer an.

Man hätte die Regierung nötigen können, die Abschaffung der Privilegierten auch ohne die Hinausbeförderung des größten Teiles in die Erste Kammer zuzugestehen, wenn — es nicht auch in Württemberg ein Centrum und eine national liberale Partei gäbe. Allein

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Rheinlandstöchter.

Roman von E. Viebig.

„Das ist nicht Dein Ernst,“ fuhr Nelda auf. „Du redest nur so! Kannst Du das nett finden, wenn sie im Kränzchen immer nur von Herren sprechen, und was der gesagt hat und jener, und wieviel Geld er hat und was er für eine gute Partie ist? Und dann necken sie sich gegenseitig — und legen sich Karten und lachen — und werden rot wie die Krebse — und neiden sich gegenseitig — es ist zu erbärmlich! Selbst Wilchen Bänglein, die doch voll Freimüdigkeit sitzt zum Plagen, macht auch mit. Ich kann das nicht, ich mag das nicht! Ja, einen mal ordentlich lieb haben, so recht aus Herzensgrund, daß einem nichts zu viel wäre für ihn zu thun — gar nichts.“ — sie atmete laut — „ja, das mag ich! Aber so an jedem herumschnuppern — pfui!“

„Nelda, Nelda — wenn Dich die Mutter hört! Sie ist so glücklich, wenn Du mit den anderen Mädchen verkehrt. Es sind doch auch nette darunter — sei nicht gleich so schroff!“

„Ach,“ murkte sie, „da muß man mit ihnen eingepfercht sitzen und könnte statt dessen in die Berge oder den Rhein entlang laufen, wo einem die Brust weit wird und bessere Gedanken kommen — ba!“

Dallmer sah in das unglücklich verzogene Gesicht seiner Tochter und muhte lachen, aber er wurde gleich wieder ernst. Ein Ausdruck von Pein trat in seine Augen.

„Kind, ich will Dich nicht belügen,“ flüsterte die heiße Stimme, „mir ist das Gethue ebenso unangenehm wie Dir, es gehört aber nun einmal zum Leben. Du hast ohne das keine Existenzberechtigung. Ich habe es nun bald sechzig Jahre durchgemacht, da wirft Du mir zwanzig doch nicht die Waffen strecken? Mir wird oft vorgeworfen, daß ich mich von der Welt zurückgezogen habe — nun, ich bin müde, ich habe die Entschuldigung meiner Kränlichkeit, aber Du — ?! Du mußt! Du mußt Dich verjüngen! Willst Du Dein Leben lang in abhängiger Stellung vegetieren?“

„Warum habt Ihr mich nichts lernen lassen?“ stieß sie hervor.

„O, denkt Du's Dir verlockend, fremder Leute ungezogene Kinder zu hüten? Als Gesellschafterin die Abfagerungsstätte für jede schlechte Laune zu sein? Du bist nicht geschaffen dafür — oder meinst Du?“

Sie schüttelte sich. „Gräßlich, Papa!“

„Siehst Du!“ Die bleichen Wangen Dallmers überzogen sich auf den Backenknöchen mit einer hellischen Röte. „Du thilst mir auch leid. Also, Nelda, immer so avanti! Mühe Dich, ein bisschen liebenswürdig zu sein; vom nächsten Ball bringst Du mir gewiß mehr Cotillonsträuße nach Haus als sonst.“

„Über den Lumpigen einen von Hauptmann Eysander bring ich's doch nicht!“ murmelte sie.

„Ich bleibe auf und sehe sie mir noch in der Nacht an. Der Vater hob mit dem Zeigefinger das Kinn der Tochter in die Höhe. „Du machst mir die Freude, Nelda, nicht wahr?“

Sie sah ihm fest in die Augen, ganz lange, ganz ernsthaft — da tönte plötzlich unten im Flur eine flagende Stimme.

„Mein Gott, wer hat die Stubenhür sperrangelweit

aufgelassen? Das ganze Zimmer ist ausgefältet — Laura, Laura, wo stecken Sie, haben Sie das denn nicht gemerkt? Es ist ja rein gräßlich, all die Stoffen, das ganze Holz umsonst — das ist wirklich zum Weinen!“

Die Verteidigungsrede der Magd war nicht zu verstehen, nur undeutliches Stimmengewirr schallte nach oben.

Jetzt knarrte die Treppe, die Thür ging auf. Frau Natin Dallmer kam von Kasse. Mit lässiger Miene stand sie auf der Schwelle, ihre zarte Gestalt verschwand fast in dem weiten Abendmantel, ihre Nase guckte spitz und weiß aus der dunklen Kapuze.

„Es ist doch schrecklich,“ jammerte sie, „saum kommt man nach Hause, geht der Arger los — Nelda, Du hast wieder die Thür sperrangelweit offen gelassen! Wie kommst Du? Ich sage ja“ —

„Guten Abend, Lorchen!“ schnitt Dallmer ihr die Rede ab. „Guten Abend, Mama!“ kam es kleinsaut hinterdrein von den Lippen der Tochter.

„Guten Abend, guten Abend,“ nickte Frau Dallmer hastig.

„Nun, wie hast Du Dich amüsirt, Mutterchen?“ fragte der Mann.

„Ach, ausgezeichnet!“ seufzte die Natin und sank auf den nächsten Stuhl, Mantel und Kapuze lockernd.

„Was sind das für liebe Menschen! Nur die Blanke ist verrückt, rein verrückt, die passte gut zu Nelda mit ihren verschrobenen Ansichten; wirklich ein Standal, wie sie geredet hat — aber, mein Gott, ich hab' ja gar keine Ehre, was über sie zu sagen, wenn die eigene Tochter —“

„Mutter, wie kannst Du mich mit der Blanke vergleichen?“ unterbrach sie Nelda brüsk. „Die schimpft auf die Männer, weil sie keinen friegt, und hebt das weibliche Geschlecht in den Himmel — ich schimpfe ja gar nicht, ich

selbst die Volksabgeordneten, die zu diesen Parteien zählen, wollen die Reform nur unter der Bedingung einer gleichzeitigen Verstärkung der Ersten Kammer: die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Volksvertreter haben Angst vor dem allgemeinen Stimmrecht!

So werden denn die Privilegierten ihre 23 Sitze in der Zweiten Kammer aufgeben müssen, dafür aber 14 in der Ersten Kammer eingeräumt erhalten.

Die Zweite Kammer behält ihre bisherige Stärke von 93 Mitgliedern und setzt sich zusammen aus 63 Abgeordneten der 63 Oberämtern, je 1 Abgeordneten der sechs „guten Städte“ Reutlingen, Tübingen, Ulm, Heilbronn, Ellwangen und Ludwigsburg, 3 Abgeordneten der Hauptstadt Stuttgart, die in drei räumlich abgegrenzte Bezirke einzuteilen ist, und 21 Abgeordneten, die auf dem Wege des Proportionalverfahrens in den vier Kreisen getrennt gewählt werden (zusammen 93).

Die Erste Kammer zählte bisher 32, künftig 48 Mitglieder; ihr sollen angehören die königlichen Prinzen (zur Zeit 4), 24 Standesherren, je 1 Vertreter der gräflichen Familien v. Nechberg und v. Neipperg, 8 vom König zu ernennende lebenslängliche Mitglieder, 6 Ritterschaftsvertreter, 4 Vertreter der evangelischen, 2 der katholischen Kirche und je 1 Vertreter der Landesuniversität Tübingen und der technischen Hochschule in Stuttgart.

Die Bestimmungen über das aktive Wahlrecht bleiben unverändert, das Wahlrecht steht also jedem Württemberger, der am Wahltag das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, zu mit denselben Vorbehalten, die auch für das Wahlrecht zum Reichstag gelten.

Das passive Wahlrecht ist wie folgt geändert worden: In die Zweite Kammer konnte bisher nur gewählt werden, wer das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, während die Mitgliedschaft zur Ersten Kammer überhaupt an keine Altersgrenze gebunden war. Künftig können in die Zweite Kammer Abgeordnete mit 25 Jahren gewählt werden; aber auch für die gewählten Abgeordneten der Ersten Kammer gilt diese Altersgrenze, wogegen die geborenen und ernannten Mitglieder der Ersten Kammer kein bestimmtes Alter zu erreichen brauchen, um die Fähigkeit zum Gesetzgeber zu erlangen.

Dah zum Eintritt in die Ständeversammlung männliches Geschlecht erforderlich sei, das sah die Versammlung bisher als selbstverständlich an und sprach es daher gar nicht aus. Um indessen Wissensverlusten vorzubeugen und weil es in Württemberg nicht so ganz unmöglich wäre, daß auch einmal eine energische Frau gewählt werden und Zugang zum Landtag begehren könnte, hat man vorsichtigerweise die Einschaltung „männliches Geschlecht“ (ist zum Eintritt erforderlich) gemacht. Der Verteidiger der Frauenrechte führt im Landtag so wenige, daß nicht einmal gegen diese Einschaltung Widerspruch erhoben wurde.

Bei den Oberamts- und Städtewahlen genügt künftig die relative Mehrheit, statt der absoluten.

Die bisherige Einrichtung, daß Mitglieder der Ersten Kammer ihr Stimmrecht durch andere Mitglieder ausüben lassen konnten (sog. „Geisterstimmen“), fällt weg, die Standesherren aber können sich im Verhinderungsfalle durch Anagnaten vertreten lassen.

Einige weitere Änderungen betreffen die Immunität der Abgeordneten, die verfassungsmäßig festgelegte (1) Sizordnung der Abgeordneten, die bei den Volksabgeordneten sich bisher nach dem Alter richtete, und anderes.

Eine Änderung in den Verhältnissen der Rechte beider Kammern tritt nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer nicht ein. Der Regierungsentwurf sprach zwar der Ersten Kammer das Budgetrecht zu, d. h. das Recht, auch einzelne Teile des Budgets zu beanstanden, was ihr bisher nicht zustand. Auch das sollte ein Gegengewicht gegen die Wirkungen der Alleinherrschaft des allgemeinen

hebe nur nicht in den Himmel; sie sind mit alle Jacke wie Hose!"

„Um Gottes willen!“ Frau Dallmer rang die Hände. „Was sind das für unanständige Redensarten! Die Oberkonsistorialräte hat ganz recht, wenn sie sich über Nelda aufhält und ihr Wünschen am liebsten nicht mehr ins Kränzchen ließe; man muß sich schämen. Aber Ihr lasst mich ja nie ausreden! An Dir, Joseph, hab' ich gar keine Unterstützung — ach, ach, ich bin wirklich eine bellagenswerte Mutter!“

Sie schluchzte auf und die Thränen begannen ihr über die Waden zu rinnen.

Der blaue Mann auf dem Sofa rückte unruhig hin und her und machte Miene auszustecken — da war Nelda schon bei der Mutter. Sie hatte bis dahin mit trockenem Gesicht gestanden, die Brauen finster zusammengezogen; nun wurde sie glühend rot und knickte vor der Weinenden nieder, wie vorher beim Vater.

„Mama, o sei wieder gut! Mama, es thut mir so schrecklich leid, daß Du Dich geärgert hast“ — sie drückte ihr Gesicht an das dünne grauseidene Kaffee-Staatsfächchen — „Läß doch die Bänglein reden! — Und die Thür, das kam, weil ich den Papa husten hörte, da rannte ich schnell heraus — meine goldige Mutter, sei wieder gut, weine nicht — Du sollst nicht weinen,“ rief sie lauter, mit dem Fuß aufstampfend.

„Ich weine ja gar nicht mehr.“

Frau Rätin trocknete ihre Thränen und machte ein ganz vergnügtes Gesicht.

„Nein, denkt Euch, die häbsche Agnes Röder heiratet schon bald! Die Bänglein erzählte es, ihr Mann traut — die Hochzeit muß ich sehen! Schade, Neldchen, daß Du da nicht eingeladen wirst; es wäre eine Gelegenheit! Ubrigens, hast Du Deinen Tüllrock fertig? — Kommt jetzt beide, es ist über neun. Ihr habt noch kein Abendrot — ich kann nichts mehr essen, bei der Doktorin war's sehr gut. Rumm die Lampe, Kind, unten ist's dunkel.“

Stimmrechts in der Zweiten Kammer sein. Nach heissem Redekampfe wurde aber in diesem Punkte der Regierungsentwurf verworfen und es bleibt dabei, daß die Erste Kammer das Budget nur ganz verwerfen oder ganz annehmen kann.

Gelangen nun diese Beschlüsse an die Erste Kammer, so wird es gerade hier zu den schärfsten Differenzen kommen. Die Standesherren sind von den Rittern aus Nacho dafür, daß ihnen in der Zweiten Kammer ihr Platz gefüllt würde, scharf gemacht worden und werden darauf bestehen, daß ihnen das Budgetrecht eingeräumt werde. Die Zweite Kammer wird sich dann dazu bequemen, einen Centrumsantrag, der bei der ersten Beratung noch abgelehnt wurde, zu akzeptieren, der in der Form, aber nicht in der Sache ein Zugeständnis an die Erste Kammer bedeutet. Da die Partei der Handelsjuden das Kompromiß einführt, wird auch die Volkspartei, die ja auch in der Frage der Steuerreform vor den Standesherren zurückweicht, Ja und Amen dazu sagen.

Der Centrumsantrag will den Standesherren das Budgetrecht gewähren, beharrt aber die Zweite Kammer in den von der Ersten Kammer beanspruchten Punkten des Budgets mit einfacher Mehrheit auf ihrem ersten Beschuß, so gilt dieser.

Was ist nun zu der Reform zu sagen?

Auf jeden Fall bedeutet sie eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand, sie schafft die reine Volkskammer. Die Verstärkung der Ersten Kammer ist ihr Pferdefuß. Die numerische Verstärkung der Ersten Kammer wird aber zur Folge haben, daß sie mehr als bisher die Aufmerksamkeit auf ihre reaktionäre Politik lenkt und dadurch die Kritik erst recht gegen sich herausbeschwert. Die Dauer des Fortbestandes der Ersten Kammer wird abhängig sein von der Tendenz, die sie einschlägt.

Die Regierung und besonders Herr v. Mittnacht sind offenbar entschlossen, das Werk durchzuführen. Mittnacht leistet damit seinem Lande einen größeren Dienst als die Posadowowsky, Necke u. s. w. mit ihren Sozialistenbürokraten.

Dienstag den 5. April wird die Gesamtabschlußvornommen vorgenommen werden, über deren Ergebnis Ihnen telegraphisch wird berichtet werden.

Politische Übersicht.

Der Kassationsbeschuß in Sachen Bola.

Aus Paris schreibt uns unser Korrespondent vom 3. April. Die Ihnen bekannte Entscheidung des Kassationshofes in der Bola-Affaire kommt für den Generalstab, die Regierung, das mit diesen verschworene politische und Zeitungsgesindel, wie ein Blick aus heiterem Himmel. Die alten, kaum eine Weile ausgerührten Kotschenderer von der Presse und vom Parlament sind wieder in Thätigkeit getreten. „Ach! man merkt wohl, daß die Patrioten nicht im Gerichtssaal des Kassationshofes zugegen waren!“ feuchtet cynisch ein Generalstabblatt. Jawohl, der oberste Gerichtshof lagte nicht, wie das Schwurgericht, in einer Wachskuhne tobender Militärs. Er konnte ruhig, frei vom terrorisierenden Eindruck unmittelbarer physischer Gefahr, Recht sprechen. Und er hat Recht gesprochen — ganz unerwartet für Freunde und Feinde des Reiches.

Das Urteil erklärt sich nur zum Teil aus der gesetzlich festgelegten und tatsächlich gesicherten Unabhängigkeit des Kassationsrichter, die unabsehbar sind und, was noch mehr bedeutet, als Richter auf seine weiseste Vorförderung mehr rechnen können. Die Rückicht auf das Ausland, auf das Urteil der civilisierten Welt hat unzweifelhaft ihr Rechtsgewissen gestift. Hat doch selbst der absehbare, also von der Regierung offiziell abhängige Generalanwalt am Kassationshofe, Manau, eine Rede gehalten, welche die Entrüstung der Generalsabschlußvollkommen verdient hat. Er wagte von der Selbstlosigkeit Bolas und seiner Freunde, von seinen eigenen „feindslichen“ Eindrücken im Bola-Prozeß und sogar von der freilich hypothetischen Möglichkeit einer Revision des Dreyfus-Prozesses zu sprechen — im Falle nämlich, wenn die Mitteilung von geheimen Dokumenten erwiesen würde...

— Frau Dallmer trippelte eilig die Treppe herunter. Vor der großen, hagern Gestalt des Vaters schritt Nelda her, die Lampe mit kräftiger Hand hoch haltend. Der Schein fiel auf ihre weichen gesunden Wangen und schwie über die Stirn unter den widerspenstigen aschblonden Haarringeln.

Sie hatte ein kleines Fälschen über der Nasenwurzel.

III.

In der guten Stadt Koblenz donnerten die Karossen. Im Casino war großer Ball, Militär und höheres Beamtenum gab das zweite diesjährige Winterfest.

Wenn ein Ort auch in die 40 000 geht, sämtliche Einwohner nehmen an solch wichtigem Ereignis doch teil, wenn sie auch nur auf der Gasse gaffen und sich von den vorüberjagenden Wagen mit Schmutz besprühen lassen. In der Kasinostraße, vorm Haupteingang, standen die Menschen dichtgedrängt.

„Hau, die is schön!“

„Kuck mal!“

„Die in weiß un die in rosa — ne, die is nit so schön!“

„Pozdaußen, is die fein!“

Bei jedem Wagen, der vorfuhr und sich seines Inhalts entledigte, ging die Kritik von neuem los. Wie eine Welle stürzte der Schwarm der Neugierigen näher, vorwitzige Buben schlüpften bis ans Trittbrett und stellten Betrachtungen über die Größe der atlasbeschuldeten Füßchen an, die sich da hinab schwangen. Mütter hielten ihre vermummten Kleinen in die Höhe: „Kuck, was seine Damens!“

„Die sind glücklich!“ dachte manch armes junges Ding bei sich, das fröhlich in der Gosse stand, mit begehrlich glänzenden Augen, die klammen Finger in die Schürze gewidelt.

Glücklich — ?

(Fortsetzung folgt.)

menten erwiesen würde... Der Berichterstatter des Kassationshofes erklärte sich ganz deutlich für die Gültigkeit des wichtigsten Beschwerdepunktes des Kassationsbegehrungs betreffend die Urteilslage des Generalstabsschefs, des Voßdeßre und des Verbotes der Fragestellung an denselben seitens des Verteidigers. — Wenn das Kassationsgericht es vorgezogen hat, den Prozeß Bola zu annullieren (ohne Verweisung vor ein neues Schwurgericht) wegen des anfänglichen prozessualischen Fehlers, so geschah das in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Generalanwalts — im Interesse des öffentlichen Friedens, um eine neue Agitation zu vermeiden. Andererseits aber läßt das Kassationsurteil die von Bola angerufenen Beschwerdepunkte ganz unberührt, damit indirekt deren eventuelle Rechtskraft anerkannt wird.

Und was nun? Infolge der unvermeidlichen Interpellation (diesmal interpellierten zwei ehemalige Boulanger von der äußersten Linken, Marcel Habert und Chiché, welch letzterer sich zu einem „Sozialisten“ stempelte) mußte sich die soege Regierung verpflichten, den Prozeß Bola zu wiederholen, d. h. gemäß der Entscheidung des Kassationshofes, das beklagte Kriegsgericht in Sachen Estorzh als Kläger aufmarschiert zu lassen. Sicher ist das aber noch nicht. Es ist möglich, daß der Generalstab im wohlverstandenen eigenen Interesse vor einer Wiederholung des fatalen Prozesses zurückweichen wird.

Über die Freiheit der Kammer, die nur denjenigen des Kabinetts Möline gleichkommt, ein Wort zu verlieren, ist nach allen bisherigen Erfahrungen unnötig. Nur die Bemerkung, daß keine einzige Stimme gegen die Forderung Marcel Haberts, den Generalanwalt Manau zu maßregeln, und gegen das in diesem Sinne gegebene halbe feig-verlegene Versprechen Mölines, protestiert hat.

Die Anarchie in den höchsten Staatsgewalten kam zum Vorschein schon in der leichten Panamadebatte, als die Kammer unter dem Schweigen der Regierung der Justiz ein brandmarkendes Tadelsvolum gab. In der gestrigen Sitzung erlebte man das noch frappantere Schauspiel, daß das Regierungshaupt Möline das Urteil des obersten Gerichtshofes auf der Kammertribüne kritisierte. Dem Kabinettminister kommt es ja vor allem darauf an, seine Verantwortlichkeit für den ursprünglichen Formfehler abzuschütteln, obwohl es unzweifelhaft ist, daß das Beiseitelaufen des Kriegsgerichts abschließlich geschehen war, um den, wie Möline seiner Zeit in der Kammer sagte, „über das Schwurgericht erhabenen Generalen“ jede Verhürung mit der Civiljustiz zu ersparen.

Zu allem anderen Pech des Kabinettums gesellt sich die Enttäuschung Clemenceaus über den Kriegsminister General Billot verhindert Druck auf den Kassationshof. Am Vortag der Urteilsverkündung suchte Billot, der zugleich Senator ist, den Oberpräsidenten des Kassationshofes, den Senator Mazeau, im Senat auf und drohte ihm ganz militärisch mit Blutvergießen und Revolution (will sagen: Staatsstreich) im Falle der Kassation! Die Meldung ist von der Regierung nicht dementiert worden, und einen lendenlahmen Abwendungsvorfall Mazeaus, der einem Gesindnis gleichkommt, beantwortet heute Clemenceau mit dem Anerbieten, den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Deutsches Reich.

Von der Viehzählung in Preußen.

Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht die ersten amtlichen Nachrichten über die am 1. Dezember 1897 im deutschen Reiche vorgenommene Viehzählung. Sie teilt die Ergebnisse für den preußischen Staat mit. Was lehren sie? Dass die dringlichen Klagen der Agrarier über den Niebergang der Viehzucht, die Nollage der Viehzüchter nicht begründet sind. Das preußische statistische Bureau nennt ausdrücklich das Ergebnis der Viehzählung ein „Überaus günstiges“. Die Viehzählung habe sich während des letzten Jahrzehnts verhältnismäßig noch mehr gehoben, als während der beiden vorangegangenen Jahrzehnte. Das sei eine um so bemerkenswerte Thatsache, als bekanntlich die durch die andhaltende Dürre des Jahres 1893 hervorgerufene Futternot und der damalige Strohmangel in großem Umfang zu Schlachtungen besonders von Külbären, Jungvieh, Kühen sowie auch von Schweinen zwang, was die Bestände jener Tierarten sehr vermindert hatte. „Sieht man diese Einbußen, die zwischen nicht nur ganz überwunden, sondern sogar in ihr vollständiges Gegenteil verwandelt worden sind, mit in Verstärkung, so ist das bereitle, überaus günstige Ergebnis um so erfreulicher.“

Es stieg die Gesamtzahl der Pferde von 1892 bis 1897 von 2656661 auf 2808419, d. h. um 5,83 Prozent, die Gesamtzahl der Schweine von 7725801 auf 9890281, d. h. um 21,55 Prozent, die der Ziegen von 1964130 auf 2164425, d. h. um 10,20 Prozent.

Auch im Vergleich mit den vorjährigen Zählperioden von 1873 bis 1883 und von 1883 bis 1892 ergibt sich, daß die jährliche Abnahme bei Pferden, Kindern, Schweinen und Ziegen in der leichten Fünfjahrsperiode noch größer gewesen ist, als in den Vierperioden. Die Abnahme stieg nämlich bei den Pferden von 1873 bis 1883 um 0,59, von 1883 bis 1892 um 0,98 und von 1892 bis 1897 um 1,17 Prozent, bei den Kindern um 0,11, 1,30, 1,88 Prozent, bei den Schweinen um 3,55, 3,28, 4,31 Prozent, bei den Ziegen um 1,34, 1,69 und 2,04 Prozent.

Eine Abnahme im Viehbestande ergibt sich ebenso wie in den Vierperioden auch diesmal wiederum nur bei den Schafen, und zwar um reichlich ein Fünftel. Die Zahl der Schafe betrug 1873 1666794, 1883 14752328, 1892 10109594 und 1897 7859096. Die Zahl der Schafe hat also von 1873 bis 1883 abgenommen um 491447, von 1883 bis 1892 um 464278 und von 1892 bis 1897 um 450100.

Die Abnahme der Schafe ist in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, infolge der Abnahme der Weidelandbereiche mit dem Übergang von der extensiven Wirtschaftsweise zu einem intensiveren Betriebe und dem Sinken der Wolfspreise durch die Zufuhr überseeischer Wolle. Es hat hauptsächlich die Zahl der Wollschafe, weniger der Fleischschafe abgenommen. Deutschland deckt auch jetzt noch nicht bloß seinen Bedarf an Schafsfleisch, sondern hat auch noch eine beträchtliche Ausfuhr von Schafen. Ausdrücklich hebt die Statistische Korrespondenz hervor, daß durch die gesteigerte Haltung momentlich von Schweinen sowie von Kindern jener Ausfall weit mehr als ausgeglichen werde.

Auch das Gedervieh ist, und zwar zum erstenmal, ermittelt worden. Es wurden am 1. Dezember 1897 gezählt 3786144 Gänse, 1564409 Enten und 31120771 Hühner. Dies ergibt insgesamt 36,1 Millionen Stück Gedervieh. Es kommen danach

auf 100 Köpfe der fortgeschriebenen Bevölkerung 11,61 Gänse, 4,80 Enten und 95,42 Hühner oder 111,83 Stück Geflügel überhaupt. Indes führt das statistische Bureau selbst an, daß das Federvieh am Zählungstage, dem 1. Dezember, nahezu den tiefsten Stand im ganzen Jahre erreichte. Das statistische Bureau bezeichnet gleichwohl das Ergebnis der Zählung von Federvieh als ungünstig und knüpft daran eine Mahnung für umfassende Maßnahmen zur Hebung der Geflügelzucht. Über die Hochzollpolitik mit ihren Betriebszöllen wirkt für die Geflügelzucht schädlich.

Was werden die „Notleidenden“ zu dieser amtlichen Statistik sagen?

Chronik der Majestätsbeleidigungssprozesse.

Das Landgericht Magdeburg verurteilte den noch nicht sechzehnjährigen Kaufmannslehrling Friedrich Winkelmann aus Groß-Ottersleben wegen Kaiserbeleidigung zu einem Monat Gefängnis.

In Thale wurde der Arbeiter Heidecke wegen angeblicher Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft genommen.

Chinesisches.

Eine Ullage gegen den Vicekönig Li-Hung-Tschang.

Ein Mitglied des Censoramtes vom höchsten Range richtete einen Appell an den Kaiser von China, in dem das ganze Tsungli-Yamen (chinesische Auswärtige Amt) angeklagt wird, mit russischem Gelde bestochen zu sein. Die hierfür ausgegebene Summe übersteige 10 Millionen Taels. Li-Hung-Tschang hätte allein 1½ Millionen Taels erhalten. Der Censor fügt hinzu, er verlange eine Untersuchung und erkläre sich, sich enthaften zu lassen, wenn Li-Hung-Tschang seine Unschuld beweisen könne, dagegen verlange er, daß Li-Hung-Tschang hingerichtet werde, wenn ihm seine Schuld bewiesen werde.

Bur Besitzergreifung Wei-hai-wei durch England schreibt deutsch-offiziöse die Köln. Btg. Deutschland sei es gleichgültig, (?) welche Flagge über Wei-hai-wei wehe. Dieser Bezirk sei vom deutschen Gebiete durch hohe Berge derart getrennt, daß sowohl von militärischer wie wirtschaftlicher Seite eine Reibungsfläche so gut wie ausgeschlossen sei. (?) Für England liege die Tragweite der bevorstehenden Besetzung Wei-hai-wei auf der Hand; denn, wenn auch dieses Gebiet in russische Hände falle und von Russland der Zugang zum Golf von Petschili und damit zum Herzen der chinesischen Verwaltung ausschließlich beherrsch werden würde, so wäre es klar, daß Englands Einfluß in China eine niemals wieder eingetragene Einbuße erleiden würde. In den Beziehungen zwischen Russland und England bedeute der jetzige Schritt Englands eine Verschärfung. Die entschiedene Stellungnahme Englands sei unzweifelhaft auf ein angeblich zwischen Russland und Japan erfolgtes Uebereinkommen, wonach Russland Korea dem japanischen Einflussbereich zurückgebe, dafür aber freie Hand im Golf von Petschili erhalten solle, zurückzuführen.

England in Wei-hai-wei.

Wie das britisch-offiziöse Reutersche Bureau erfährt, wird England von Wei-hai-wei Besitz ergreifen, sobald China im nächsten Monat den Restbetrag der Kriegsentschädigung bezahlt haben und Japan Wei-hai-wei geräumt haben wird. Die nachstige Abreitung erfolgt mit Zustimmung Japans, mit dem zuvor eine Vereinbarung abgeschlossen worden ist.

Französische Wünsche und russische „Bundeshilfe“.

Die Times melden aus Peking vom 4. d. Mts.: Es seien Anzeichen vorhanden, daß Frankreich zur Erwerbung einer Kohlenstation an der Mündung des Min-Flusses bei Futschou scheinen könnte, wo ein Arsenal und ein Dock unter der Leitung eines französischen Ingenieurs sich befindet.

Die Franzosen im fernsten Osten seien unzufrieden mit dem unverhältnismäßigen Vorteile, den Russland erworben habe, im Vergleiche mit denjenigen, die Frankreich sich gesichert.

Die Verzögerung in der Gewährung der neuen Forderungen Frankreichs werde von ihnen teilweise dem Widerstand Englands zugeschrieben und teilweise der mangelhaften Unterstützung, die ihnen im Tsungli-Yamen von Seiten des russischen Vertreters gewährt worden sei.

Die Times fügen hinzu, das Verlangen Frankreichs nach einer Kohlenstation nahe bei Futschou werde auf den Widerstand aller Handelsmächte stoßen. Es sei wünschenswert, daß vollkommene Klärheit darüber geschaffen werde, daß England gegenwärtig keinerlei Forderungen rubig zusehen könne, deren Bewilligung die mannigfältigen Interessen gefährden könnte, die aufrecht zu erhalten und zu erweitern England verpflichtet sei.

Futschou ist die Hauptstadt der chinesischen Provinz Fukien, unter 26 Grad 5 Minuten nördlicher Breite und 119 Grad 30 Minuten östlicher Länge, am linken Ufer des schiffbaren Min-Flusses, 32 Kilometer von dessen Mündung in die Formosastraße, mit 65000 Einwohnern (darunter 10000 Mandarinen).

In Futschou ist der Sitz des Oberstatthalters, des Oberbefehlshabers der Mandatskuppen (zugleich die oberste Polizeihöhe), einer fremden Solddirektion und eines deutschen Konsulats. Es hat Tegelfabriken, Schiffswerften, seit 1867 ein von Europäern geleitetes Arsenal. Zwei Dampferlinien vermittelten den Verkehr zweimal im Monat mit Hongkong.

Futschou wurde 1842 dem fremden Handel geöffnet; am 28. August 1884 wurde hier eine Abteilung der chinesischen Flotte durch französische Kriegsschiffe vernichtet.

* Berlin, 5. April. Im Reichspostamt werden zwei neue Entwürfe eines Postzeitungstarifes ausgearbeitet, die der Staatssekretär v. Pobedilsti einer Konferenz von Zeitungsinteressenten zur Begutachtung vorlegen wird. —

Bur Ernennung des Herrn v. Buchla weiß der Hamb. Korr. zu berichten, daß vorher an den Prinzen Achenberg (den Centrumsabgeordneten) die Anfrage gerichtet worden sei, ob er geneigt wäre, das Amt eines Kolonialdirektors zu übernehmen. Ob es wohl wahr ist?

Aus der bisherigen kolonialpolitischen Tätigkeit des Herrn v. Buchla weiß auch die Köln. Btg. nur zu erzählen, daß Herr v. Buchla Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Kolonialgesellschaft gewesen sei, und daß er als solcher am 22. März über die Frage der Errichtung von Strafkolonien berichtet und sich gegen dieselben ausgesprochen habe. Das ist auch noch keine hervorragende Leistung, denn schon Wochen vorher hat dieselbe Sache die Budgetkommission des Reichstages beschäftigt, und dort ist die Unmöglichkeit der Errichtung von Strafkolonien in deutschen Schutzgebieten auf das gründlichste nachgewiesen worden.

Die nationalliberale Rhein.-Westf. Btg. ist sehr mißvergnügt über die Ernennung v. Buchlas, indem sie schreibt: „Die Bu-

gehörigkeit zur deutschen Kolonialgesellschaft und eine langjährige Wirksamkeit in Rostock sowie eine gelegentliche Seereise mit einer Segeljacht sind jedenfalls in unseren Kolonialkreisen bisher nicht als anstreichende Titel für die wichtige Stelle eines Direktors der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes betrachtet worden.“

Am Montag mittag hat der neue Kolonialdirektor sein Amt übernommen. —

Offiziös wird gemeldet: „Der Handelsminister Brefeld, der zugleich Bergwerksminister ist, wird sich unmittelbar nach Ostern nach Saarbrücken begeben, um die staatlichen Kohlenbergwerke des Saarreviers einer eingehenden Besichtigung zu unterwerfen. Gleichzeitig wird er auch von einigen größeren Privatunternehmern Kenntnis nehmen.“ Wird er dann die Notwendigkeit des Bergarbeitereschubes und des Koalitionsrechtes der Grubenleute erkennen? —

Die kürzlich zurückgelehrte ostasiatische Kommission, die im Auftrage von Interessenten und mit Unterstützung der Regierung China bereiste, hat dort zahlreiche Muster gewerblicher Erzeugnisse mitgebracht. Diese Muster werden in den Tagen vom 19. bis 28. d. Mts. im Reichstagsgebäude ausgestellt. Eintrittskarten werden nur in beschränktem Maße ausgegeben. —

Das russische Blatt, der Invaliden weist darauf hin, daß Deutschland in den letzten zehn Jahren für die Landarmee bedeutend mehr als Russland ausgegeben habe; nämlich Russland einschließlich der 185 Millionen betragenden „außergewöhnlichen“ Ausgaben 2541 Millionen Rubel oder 6354 Millionen Franken, Deutschland mit einmaligen und außergewöhnlichen Ausgaben von 1684 Millionen Mark 5880 Mill. Mark oder 7351 Millionen Franken. —

Graf Posadowsky weiß. Die Petitionskommission des Reichstags hat beschlossen, eine Petition des Johann Gott und Genossen aus Bissingen in Württemberg um Einführung des Wollzolls auf rohe ausländische Schafswolle dem Reichskanzler als Material zur Abänderung der Gesetzgebung zu überlassen.

Doch in dieser Weise die Petitionskommission die Einführung des Wollzolls als offene Frage behandelt, gelingt wie es steht. Der agrarische Wind weht. Die Petitionskommission hat über die Angelegenheit keinen schriftlichen Bericht erstattet, sondern die Begründung des Antrages dem jüngsten Reichstagabgeordneten, dem im Dezember im Wahlkreise Plön-Oldenburg gewählten Agrarier Abg. v. Tungeln in mündlichem Bericht überlassen.

Die Höhlenwohnungen in Posen, über die die Leipziger Volkszeitung (Nr. 54 vom 7. März) die ersten Mitteilungen brachte, sind seit dem 1. April verschwunden. Die Kritik der Presse hat gewirkt. Wohin sich die Höhlenbewohner gewendet haben, wird nicht gelagt. Wie jetzt bekannt wird, hatten diese vom zuständigen Landratsamte die Erlaubnis erhalten, eine Notwohnung in der Erde sich machen zu dürfen, da sie „zum Erbauen eines Hauses kein Geld“ hatten. Haben sie jetzt Geld?!

Unter dem Titel Neue Schuhpatrone für Herrn Hülse schreibt die Hülse:

Wir hatten mitgeteilt, daß die Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein Herrn Hülse mit 500 Mark unterstützt habe. Wir haben aber inzwischen erfahren, daß jene Unterstützung eine grundsätzliche Bedeutung hat. Die meisten preußischen Landwirtschaftskammern gehörten nämlich bisher als korporative Mitglieder dem Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande an und es war deshalb nicht zu verwundern, wenn sich dieser Ausschuß, der sich nachdrücklicher Protestation des preußischen Landwirtschaftsministeriums erfreut, in einem Rundschreiben an alle Landwirtschaftskammern um finanzielle Unterstützung seiner Bestrebungen bat. Aber auf der letzten Konferenz der preußischen Landwirtschaftskammern in Berlin, vor etlichen Wochen, entzog man sich unmittelbar vor Schlus der Verhandlungen, als die Stimmlung schon mehr dem „frugalen Wahl“, als der ernsten Arbeit zuneigte, auf Ablehnung des Votangesuchs. Warum wohl? Vielleicht weil der Ausschuß für Wohlfahrtspflege erklärt:

Im Gegenlauf zu einstigen, vom Parteilgeist beherrschten Bestrebungen vertreten wir die allgemeinen vaterländischen und staatlichen Interessen. Wir stellen unfruchtbare Agitationen das praktische Wirken, die stetige Arbeit an der Erziehung des Volkes zur Selbstverwaltung und Selbsthilfe gegenüber.

Vielleicht auch, weil in Übereinstimmung mit diesen Zielen das Organ des Ausschusses, Das Land, weniger den beliebten Kampf gegen Sozialdemokratie und Sozialrevolutionäre, als gegenwärtig den Kampf gegen Einführung der Aulic als landwirtschaftliche Arbeiter, den Kampf gegen Wohnungsmangel und Bildungsmaßel auf dem Lande führte. — Kurz und gut, der Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande“ und mit ihm das preußische Ministerium für Landwirtschaft wurde von den Landwirtschaftskammern abgeschüttet, und — Herr Hülse wird von nun an protestiert. Der Unterstützungsbeschluß der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer wird bald von den anderen ebenso „einstimmig“ gefasst werden.

Magdeburg, 4. April. Die Magdeburger Volksstimme berichtet am 20. Januar, daß zwei Schuhleute, die einen Termin versäumt hätten, zu je 10 Mark Strafe verdonnert worden seien. Thatsächlich war aber nur ein Schuhmann bei der fraglichen Verhandlung ausgeblieben und also nur ein Schuhmann in Strafe genommen. Grund genug für das hohe Magdeburger Polizeipräsidium, dem Redakteur Baumüller von der Volksstimme ein Strafmandat über 10 M. zu schicken — wegen groben Unfugs. Das Magdeburger Schöffengericht konnte aber den Gedanken gar nicht fassen, daß grober Unfug vorliege, und sprach Baumüller frei. Die Staatskasse hat die Kosten zu tragen.

W. Denthen (O.-Schl.), 4. April. Oberschlesische Pumpen sind meist auch fromme Leute, oft stehen Frömmigkeit und Pumperei im Zusammenhange. Mancher Lump drauf los in der sicheren Erwartung, daß ihm sein Pfarrer oder Weihbischof in der Beichte doch alle Sünden wieder nachläßt. Ein solch frommer Ehrenmann, Julius Czerny mit Namen, hatte sich jüngst wegen öffentlicher Beleidigung des Genossen Tusker hier zu verantworten. Wahrscheinlich auf Ansichten gewisser Leute, denen daran lag, Tusker gerade in den ersten Maßtagen des vorigen Jahres unchristlich zu machen, hatte Czerny Tusker wegen Diebstahls denunziert. Unter sehr eigenartlichen und im Grunde gar nicht entshuldigbaren Umständen wurde Tusker am 2. Mai vorigen Jahres verhaftet, am nächsten Tage allerdings vom Untersuchungsrichter wieder auf freien Fuß gesetzt, da die Gründe der Polizei für die Verhaftung absolut hinfällig waren. Nachdem Tusker, wie selbstverständlich, freigesprochen war und sich Czernys Denunziation als bewußte Unwahrheit erwiesen hatte, suchte er den Spiek umzukehren; aber bei der Opposition des Staatsanwalts gelang es ihm nur, Czerny wegen öffentlicher Beleidigung vor die Richter zu bringen. Hier trat Czerny

Frömmigkeit in helles Licht; denn auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er seiner Zeit Tusker benannt habe, antwortete er: In der Beichte bekahl mir der Geistliche, ich solle den Tusker anzeigen. Als Tusker Zeugnis ablegen sollte, sagte ihm der Vorsitzende: Sie werde ich nicht vereidigen, da Sie gesagt haben sollen. Sie würden sich aus einem Meineide und einigen Blüten nichts machen. Da Tusker lebhaft dagegen protestierte, wurde er doch vereidigt, der fromme Czerny aber kam frei, weil die Verjährung eingetreten sei.

W. Oppeln, 4. April. Wegen Aufréizung zum Klassenkampf und Verhetzung der Polen zu Gewaltthärtigkeiten gegen die Deutschen in Schlesien wurde der Herausgeber eines hier erschienenen polnischen Volkskalenders nationalpolnischer Tendenz, Herr v. Korczawski, zu sechs Monaten (1) Gefängnis verurteilt. Unter Anklage gestellt war ein Märchen: Das schlesische Aschenbrödel, in dem das Verhältnis der oberschlesischen polnischen Bevölkerung zu ihren deutschen Herren dargestellt worden war. Das Urteil wird wieder dazu beitragen, die Polen in ihren nationalen Bestrebungen zu verstärken.

München, 4. April. Das bayerische offiziöse Süddeutsche Korrespondenz-Bureau meldet: Im körperlichen Verlust des unheilbar geisteskranken Königs Otto ist in den letzten

Tagen eine Aenderung eingetreten.

Der ärztliche Bericht hierüber lautet wie folgt: „Bei Sr. Maj. dem König wurde vor einigen Tagen entdeckt, daß der Urin zweifellos nicht unbeträchtliche Mengen Blut enthalte. Die Untersuchung, soweit sie unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, gestaltet den Schluss, daß es sich um ein Blasenblut handele, allerdings mit gleichzeitiger Reizung der Nieren. Wenn auch die Ursache der Blasenblutung angesichts der gegebenen Verhältnisse nicht mit völliger Bestimmtheit eruiert werden kann, so darf doch ausgesprochen werden, daß der Zustand Sr. Majestät zu ernsten Bedenken noch keine Veranlassung gibt. Ob aber aus dem vorhandenen Leiden mit der Zeit nicht doch eine Gefahr für das Leben erwachsen wird und innerhalb welcher Zeit dies der Fall sein kann, ist vorläufig noch nicht abzusehen.“

■ Stuttgart, 3. April. In den beiden letzten Sitzungen der vorigen Woche beschäftigte sich der Landtag mit den Verteilungsgegenen zur Verfassungsreform: dem Wahlgesetz und dem Gesetz, betr. Einführung der Proportionalwahlen. Das erste wurde ganz, das letzte zur Hälfte erledigt. Der Entwurf bestimmte, daß in die Wählerliste von Amts wegen eingetragene Wähler berechtigt seien, alle anderen Wahlberechtigten sollten ihre Eintragung selbst beantragen. Die Kommission beantragte dagegen, alle Wahlberechtigten von Amts wegen in die Liste einzutragen. Nach einer wirklichen Begründung durch den Genossen Kloß wurde dieser Antrag angenommen, obgleich sich Minister von Pischel dagegen aussprach. In der Kommission hatte Kloß beantragt, die Wahlen am Sonntag vorzunehmen; da der Antrag aber abgelehnt wurde, unterließ es Kloß, ihn im Plenum zu wiederholen. Dafür hatte die Kommission einen Antrag Kloß zu dem Vorigen gemacht, der die Unternehmer verpflichtet, ihren Arbeitern die Wahlzeit freizugeben. Obwohl die Volkspartei und Centralpartei in der Kommission dafür gestimmt hatten, verstimmteten sie den Antrag im Plenum, indem sie das Wörtchen „muß“ in „soll“ änderten und schließlich auch noch gegen den Antrag in dieser Gestalt stimmten. In einem anderen Punkte setzte Kloß eine wesentliche Verbesserung des Wahlverfahrens durch; auf seinen Antrag wurde beschlossen, am Schlus der Wahlzeit, der künftig um 7 Uhr abends statt um 6 Uhr einzutreten soll, alle im Wahllokal anwesenden Wähler noch abstimmen zu lassen. Ohne großen Redekampf wurden die bedeutenden Verbesserungen des Wahlverfahrens: Wahlraum, amtliche Wahlconvents, eigenhändigtes Hineinlegen des Stetts in die Urne durch den Wähler ic. nach dem Regierungsentwurf beschlossen.

Aus den Beratungen des Gesetzesentwurfs, betr. die Proportionalwahl, ist als wichtiger Beschlus hervorgehoben, daß die Wahlen in den Oberämtern nicht, wie die Kommission wünschte, am gleichen Tage mit den Proportional-Wahlern vor sich gehen sollen, sondern diese frühestens 20 und spätestens 80 Tage nach den ersten. Die Volkspartei hatte die Vornahme beider Wahlen an einem Tage gewünscht, um nicht die Kreiswahlen zum rettenden Omnibus für die bei den Bezirkswahlen Durchgesetzten zu machen. Da aber die Regierung auf die Trennung Wert legte und die Deutsche Partei sie unbedingt forderte, waren die Herren Haushmann so galant, den Deutschenparteiern entgegenzukommen; es kostete sie das nicht viel Überwindung, stattdessen es auch vorkommen kann, daß es der Volkspartei sehr teuer ist, Kapazitäten, die bei den Bezirkswahlen durchfallen, mit dem Omnibus der Proportionalwahl in den Landtag zu befördern.

Alte politische Nachrichten Die Kreuzzeitung bringt eine „allerhöchste Kabinettssordre“ an den Generalschirmarschall Grafen v. Blumenthal, in der die im Einverständnis mit ihm erfolgte Entbindung von seiner Stellung als Generalinspektor bekannt gegeben und gleichzeitig mitgeteilt wird, daß ihm vom 1. April d. J. ab die ihm geistlich zugehörige Pension angestellt und außerdem von diesem Zeitpunkte an ein Aufschub zur Pension nach Maßgabe der bereiteten Mittel gezahlt werden soll. Die Ordre schreibt: „Man darf erwarten, daß Sie in dieser im Interesse der Armee nicht von der Hand zu weisenden Verfolgung auch Meine Fürsorge für Sie und Meinen Wunsch, der Armee Ihren gesuchten Namen und Ihre Zugehörigkeit in dem bisherigen Maße zu erhalten, erkennen werden.“ — In dem Meier-Spiionageprozeß Steinlen und Dussard ist vom Reichsgericht das öffentliche Verfahren eröffnet worden. Bis jetzt sind etwa 20 Personen vernommen. — Wegen Grusverwiegung in der Angelegenheit des Gemeindevorstehers Neuje hat das Oberverwaltungsgericht den von der Regierung erhobenen Konflikt für unberedigt erklärt. Neuje, ein Gemeindevorsteher aus der Gegend von Kassel, hatte seinen Landrat nicht begrüßt und ihn, als er in heftigem Tone deshalb zur Rede gestellt worden war, wegen Beleidigung verklagt, nachdem inzwischen gegen ihn das Disziplinarverfahren abhängig gemacht worden, das schließlich mit seiner Entfernung vom Amt endigte. Die Strafanwalte hatte den Landrat zu 80 M. Geldstrafe verurteilt. Dieser legte Berufung ein und die Regierung erhob außerdem den Kompetenzkonflikt. Nach der vorerwähnten Entscheidung wird die Angelegenheit nunmehr ihrem weiteren gerichtlichen Gang nehmen. — Das Gut Werk in der Nähe von Wilna, das der verstorbenen Gemahlin des Reichskanzlers, Fürstin Hohenlohe, gehörte, wird verkauft werden. Der Kaufpreis beträgt 400000 Rubel. Das Gut Werk war bekanntlich der Fürstin Hohenlohe vom russischen Kaiser ausnahmsweise zur lebenslänglichen Benutzung überlassen worden. — Die Session der griechischen Deputiertenkammer ist am 4. April geschlossen worden. — Von der argentinischen Regierung sind Verhandlungen eingeleitet worden zur Aufnahme einer inneren Anleihe von 20 Millionen Pesos für Rüstungszwecke.

(Fortschreibung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

Hausfrauen der Ostvorstadt!

Ihr kleidet Euch und Euere Kinder am schönsten und billigsten bei

Schaarschmidt & Co.

Leipzig-Neuschönefeld, Eisenbahnstrasse 44—46.

Special-Abteilungen

für Damenputz, Damen-, Mädchen-, Knabenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Herren- und Damenwäsche, Handschuhe, Strümpfe, Korsette, Tricotagen etc.

Lithographen, Steindrucker

und verwandte Berufsgenossen.

Karfreitag

Herren-Ausflug nach Probstheida, Meusdorf, Liebertwolkwitz etc.

Absatzpunkt 1 Uhr vom Restaurant Graphia, Seeburgstraße, 2. Treppenpunkt Restaurant Kohlgrill-Insel, Thonberg, Südtiroler Str., Nähe der Kirche.

N.B. Bei ungünstiger Witterung Gemütliches Beisammensein im Bierkellerlokal, Restaurant Graphia. [8214] D. V.

Achtung, Klempner!

Wir ersuchen diejenigen Kollegen, wo die Beschlüsse betreffs unserer Wohnbewegung noch nicht bewilligt sind, bis Sonnabend den 9. April der Werkstattlekommision Mitteilung zu machen.

Die Werkstattlekommision ist jeden abend von 8½—9½ Uhr im Coburger Hof anwesend. [8227]

Hermann Ahlenhoffs
Restaurant und Café
verbunden mit separater Bayerischer Bierstube
Zur Thalquelle

Thalstrasse 18, Friedrichstrasse 7.
Einem geehrten Publikum sowie werten Freunden u. Bekannten die ergebene
Mitteilung, daß ich obiges Restaurant läufig übernommen habe.
Zum Ausdruck gelangt ff. Dagerbler aus der Elbinger Stadtbrauerei,
eig. Kulmbacher (Mönchshof), Göse von Riesau, diverse Weine u. Liqueure.
Warme und kalte Speisen
zu jeder Tageszeit.
Aufmerksam Bedienung.
Um freundlichen Anspruch bitte Hochachtend
Hermann Ahlenhoff früher Südpark 5.

Bedeutende Posten
Strümpfe
schwarz und couleuriert
für Herren, Damen und Kinder.
Normal- u.
Sport-Hemden
offizielle zu außordentlich billigen
aber festen Preisen. [8201]
Selmar Kraft
Lindenau, Markt 10.



Edmund Störzner
B.-Plagwitz, Bischöfliche Str. 20
empfiehlt sein großes Lager in
Fahrrädern feinster Marken
Nette Bedienung. [8225]

Tapeten
in großer Auswahl zu billig. Preisen
empfiehlt [2481]
Ernst Voigt, Tauchaer Str. 10.

Schönefeld.
Morgen Mittwoch Schachtfest.
Ede Süd- und Weststraße.
8228] Eugen Bader.

Konfirmanden-Uhren
für Jungen und Mädchen.

Goldschlüssel-Uhr
von 10-14 M.
Silberschlüssel-Uhr
von 10-14 M.

In größter Auswahl — billigste Preise,
langjährige Garantie. [1787]
Goldwaren u. Opt. Artikel.
Reparaturen billig unter Garantie.
R. Becker, Leipzig, Markt, Steinweg 88.
Leser dieser Zeitung 10% Rabatt.

Reform-Kinderwagen
Zelterwagen, Korbwaren
gut und billig. [2026]
Ernst Hofmann
Gutrisch, Lindenstr. 14
Ede Schäfer.

Den geehrten Einwohnern von Connewitz u. Umg. zur gefälligen Nachricht,
daß ich mein Geschäft vom 1. April ab
von der Leipziger Straße 41 nach der
Bornaischen Straße 21 verlegt habe.

Karl Schulz
Schneldermeister. [8212]

Fahrräder

von P. Bach, Buchholz, empfehlen
Müller & Günther

Lindenau Kleinmachnow
Hartfortstr. 51 Plagwitz Str. 72a.
150 M., 175 M., 200 M.
Oder Modell 1 Jahr Garantie.

Leipzig-Reudnitz Filiale:
Wurzener Str. 7. Markranstädt
a. Park.

Photogr. Atelier

R. Schenk

empfiehlt Photographien
12 Stück Visit u. 1 Kabinettsbild
von Mk. 4.50 an.

120 getragene Uhren für Herren
und Damen von 8 M. an
verkauf mit Garantie

Uhrmacher Hille, Neumarkt 18.
Alle Reparaturen gut u. billig.
Leiter d. Zeitung 10 Proz. Rabatt.

Billig! Billig!
fertige

25 Damenkleider

sind einzeln mit 5 M. Anzahlung
und wöchentlich 1 M. Abzahlung
abzugeben. [2119]

S. Oswald, Königplatz 7, I.
gegenüber der Markthalle.

Billards, neu u. abr. Bälle, Queue,
Lindenau, Wallstraße 75, II. r.

Große leere Stube sofort zu vermieten.
Könnerigstraße 107, IV. m. r.

Leere 1 Sessir. Stube m. sep. Tüng. soj. zu
vermieten. Gohlis, Hallesche Straße 48, I. r.

Heller Sippel für Schneider.

Senefelderstraße 4, I. rechts.

Leere Stube sofort zu mieten gesucht.
Offiz. unter G. G., Johanniskirche 25, I.

Vermischte Anzeigen.

Vom Hospital b. Leibnizstr. gold. Damenuhr
o. Ring verl. Abzug. Poniatowskistraße 1, I.

100 M. f. Dose v. 100 M. a. 1/3. D.
geg. Silberh. Off. u. R. S. a. b. Egged. d. Bl.

Allg. Volkskrankenkasse E. H. 126, Berlin.
Staats. zugelassen f. d. Deutsche Reich. Mitgli.

nimmt auf Karl Ranke, R., Gemeindestr. 18.

Xylograph

findet sehr lohnende Beschäftigung

Offerten ab B. M. 1604 an August

Wosse, Breslau. [8216]

Einen Tischlerlehrling sucht

Wih. Nowakowitz, Liebertwolkwitz.

2 Tischlerlehrlinge sucht O. Hüper,

Malerwirt, Plagwitz, Karl-Heine-Str. 7.

14 Uhr. Knabe a. Arbeitsbüchlein gesucht.

Eisenbahnstraße 21, Pfister, Maler.

Fräst. Schulmädchen nachm. zu 1 Kind

gesucht. Friedrichstraße 7, III. r.

Leit. anobs. Frau z. Führung eines sl. Haush.

gesucht. Johanniskirche 10, II. B., Martin.

3. Mädchen g. häusl. Arbeit bei gut. Behandl.

sofort gesucht. Gerichtsweg 12, IV.

Peter Siegel nebst Kindern.

RECHTSRAT, Klagen etc. von erfah. Juristen. Moritzstr. 2 (a. Sonntag).

Bureau Lipsia 8 Grimmaische Str. 8

befort Patente, Gebr. Muster, Markenschutz.

unter günstigen Zahlungsbedingungen.

Hohlschule werden gut bezogen.

Seeburgstraße 9, II. r.

Familienanzeigen.

Herrn A. Lehnardt die herzl. Glückwünze zum 29. Geburtstage.

M. i. Mann P. Sieher d. h. Gilde, zum 24. Geburtstage leid. Frau Sieher.

Herrn D. Saal in Lindenau gratuliert zum Geburtstage. Du ahnst es nicht.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 8 Uhr verließ noch langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Frau

Marie Böhne.

Dies zeigt allen Freunden und Bekannten tiefschätzend an. [8226]

Hermann Böhne im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag vormittags 11 Uhr vom Trauerhause, Lindenau, Gutsmuthsstr. 88, aus statt.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß meine liebe Frau

Emma Niemand geb. Holverscheid

am 8. d. M. in der Nervenklinik nach langem, schwerem Leiden verschoben ist.

Dies zeigt tiefschätzend an. [8229]

Franz Niemand im Namen der Hinterbliebenen.

Schleußig, Jahnstraße 17.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle zu Kleinschöneweide aus statt.

Dank.

Bei dem schmerzlichen Verluste meiner lieben Gattin Bertha Tischendorf geb.

Peter sind mir so viele Beweise der Liebe und Teilnahme entgegengebracht worden, daß ich hierfür meinen herzlichsten Dank ausspreche. Dank meinen lieben Verwandten und Genossen. Besonderen Dank dem geehrten Chef D. Faber und dem Personal von der Turngerätefabrik O. Faber.

Dir aber liebe treue Gattin rufe ich ein Muße sanft in die Ewigkeit nach.

Wih. Tischendorf nebst Angehörigen, Lindenau, Altersgehofen, Altenburg, Klosterlaubitz, Dörlschitz.

Lindenau, Gutsmuthsstr. 19. [8207]

Für die vielen Beweise der Zellnahme, besonders den Wirtleuten M. Sad, sowie den reichen Blumenstrauß beim Hinschreiben unseres lieben Mitarbeiters

Georg Koch

sage ich zugleich im Namen der Hinterbliebenen den tiefschätztesten Dank.

Lindenau, den 8. April 1898.

E. Loesch.

Burkhardt vom Grab meiner lieben Frau sage ich allen Freunden u. Bekannten für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für den überaus reichen Blumenstrauß meinen aufrechtasten Dank. [8206]

Lindenau, den 5. April 1898.

Peter Siegel nebst Kindern.



Vor und

nach der Heirat.



Nach den Wahlen: Hier, alter Schafkopf, ist Deine Mahlzeit, da hast Du zu essen und zu trinken, zum Nachtlisch kannst Du Dir das Bildnis Posadowsky begucken!

Zeichnung von Eduard Zusch, München.

Die Flottenmehrheit vor den Wahlen: Komm, Wähler, sei mein Gemahl und auf rosenbestreuten Wegen werde ich Dich zu unaussprechlichem Glück zur immer für Dich gedeckten Tafel führen! Komm! Ein behaglich Feuer erwartet uns und Du wirst mich sehr liebenswürdig finden.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Posen. 4. April. Die "Germanisations"politik geht nun weiter. Das Bildchen eines Wappentieres schreckt die erleuchteten Staatsmänner im Osten. Schauernd vor tönischer Entrüstung melden die Hasenknechtorgane: "Wie in Nowowrzlaw, wurden auch hier vor einiger Zeit Uhren, Broschen u. s. w. von polnischen Kaufleuten gefordert, die einen eingepackten polnischen Reichsadler und entsprechende polnische Inschriften trugen. Da eine ältere Polizeiverordnung die Darstellung des polnischen Reichswappens in der Provinz Posen verbietet, ist gegen die Kaufleute ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der erste derartige Prozeß gelangt in einiger Zeit hier zur Verhandlung."

Oesterreich-Ungarn.

Schutz der Immunität.

f. a. Wien. 4. April. Das Abgeordnetenhaus hat seine Österreichien angelitten. Um 20. d. M. soll es wieder zusammen treten, um dann nach wenigen Tagen den Delegationen Platz zu machen. Nach den Absichten der Regierung hat es vorläufig nichts anderes zu thun, als sich die Lage über den Ausgleich mit Ungarn unterbreiten zu lassen, damit den ersten Bedingungen, die der ungarische Reichstag dem Fortbestande der österreichisch-ungarischen Volksgemeinschaft gesetzt hat, nördlichstig genügt werde.

Man hat den letzten Sitzungstag, an dem das Haus die Rechte seiner Immunität wahrt, als einen großen Siegeszug gefeiert und als einen Erfolg der Obstruktion gepriesen, die dem Beamtenum die Macht des Parlaments zum Verluste gebracht habe. Zweifellos mit Recht! Aber man kann sich eines Gefühls der Beschämung darüber nicht erwehren, daß das Selbstverständliche bei uns als ein besonderes Ereignis gilt. Dass die Konfiskation von Interpellationen und die krogerichtliche Verfolgung der Redakteure und Drucker wegen ihres Abdrucks den klaren Bestimmungen des Gesetzes widersprechen, müsste jedem klar sein, der auch nur einen flüchtigen Begriff von den Rechtsgrundlagen unseres Preßgesetzes hat. Wenn sich ausnahmsweise das Abgeordnetenhaus, sein Präsidium und die Regierung in Übereinstimmung darüber befinden, daß hier eine schamlose öffentliche Rechtsbeugung vorliege, so ist diese Aus-

nahme von der Regel nur auf den Umstand zurückzuführen, daß das gebrochene Recht ein Recht eben des Parlamentes ist, dessen Aufriegung zu vermeiden die Regierung als Ursache hat. Nicht aus Ehrlichkeit und Rechtsgefühl, sondern aus politischer Klugheit haben sich Präsidium, Regierung und Mehrheit auf den Standpunkt des Rechtes zu stellen beliebt, und Schlüsse auf die Zukunft können aus ihrer gegenwärtigen Haltung keineswegs gezogen werden.

Der parlamentarische Wert der sechstägigen Debatte über die Erklärung des Grafen Thun ist gleich Null. Die Reden, die hierbei gehalten wurden, hätten ebenso gut in Wahlerversammlungen gesprochen werden oder als Beitrag der Beiträge gedruckt werden können. Sie laufen ohne jeden inneren Zusammenhang nebeneinander her, von einer Verhandlung im eigentlichen Sinne des Wortes kann nicht gesprochen werden. Es fehlt an jedem Resultat, ja man ist einem Resultate nicht einmal in dem Sinn näher gekommen, daß irgend eine Erklärung der politischen Lage eingetreten wäre. Man weiß heute genau so viel wie an dem Tage, da Graf Thun sein "Allerhöchstes Handtschreiben" erhielt. Und man weiß, daß das Abgeordnetenhaus seine Zeit vertrockeln kann, auch ohne Obstruktion treiben zu wollen.

Der Flottenkeller. — Vom "Ausgleiche".

Wien. 4. April. Der von den Delegationen zu beanspruchende Marinekredit wird noch dem Ergebnisse der heutigen Ministerkonferenz 50 Millionen Gulden betragen und soll derart aufgeteilt werden, daß jährlich 10 Millionen zur Verwendung gelangen.

Die Bossische Bdg. meldet freilich: "Die Flottenpläne der Marineleitung stossen auf den Widerstand der Finanzminister Oesterreichs und Ungarns, die erklären, der geforderte Marinakredit bedrohe das Gleichgewicht des Staatshaushalts beider Reichshälften", aber dieser "Widerstand" schwächt wie Schnee in der Frühlingssonne vor dem "höheren" Willen des Kaisers Franz Joseph, der nach berühmten Mustern in Marinismus "macht".

Die gemeinsamen Ministerkonferenzen über den gemeinsamen Voranschlag für 1899 konnten gestern nicht zum

Abschlüsse gebracht werden, da nach der R. Fr. Pr. die "obwaltenden Differenzen" noch nicht ausgezogen sind.

Frankreich.

Von Esterehaz. — Aus der Kammer. — Verhaftungen in Algier. — Von Iola.

Paris. 4. April. Das Pariser Blatt *Siècle* gibt heute in Form der Auschrift eines Diplomaten die schon vorher angekündigte Geschichte der angeblichen Beziehungen Esterehazys zum Obersten von Schwarzkoppen, dem ehemaligen Militärattaché in der deutschen Botschaft in Paris.

Aus den Einzelheiten seien folgende angeführt: Als Herr v. Schwarzkoppen von hier abberufen wurde, hätte er gesagt, er habe von Esterehaz in insgesamt 162 Mitteilungen empfangen. Im Frühling 1894 lehrte Herr v. Schwarzkoppen von einem Urlaub hierher zurück und fand die Schriftstücke, die in dem Dreyfus zugeschriebenen Begleitschreiben aufgezählt sind. Dieses Begleitschreiben war aber nicht dabei, es war aufgesangen und der Nachrichtenabteilung des französischen Generalstabs ange stellt worden. Der nicht unterzeichnete Brief, den man später den "Bordereau" genannt, diente unter einem Umschlag bei dem Portier der deutschen Botschaft deponiert worden sein. Dieser Portier war ein alter Glässer, man hatte ihn im Verdacht. Er wurde entlassen. Am 20. Oktober 1894 meldete Libre Parole, er würde entlassen.

Am 20. Oktober 1894 meldete Libre Parole die Verhaftung wegen Landesverrats bei erfolgt. Oberst v. Schwarzkoppen ging zu seinem Freunde, dem italienischen Militärbevollmächtigten Panizardi und sagte ihm: "Ich glaube, mein Mann hat sich jagen lassen, der Schwachsinn!" Tags darauf bestätigte Eclair die Nachricht. Oberst Schwarzkoppen fuhr fort, besorgt zu sein. Am 1. November meldete Libre Parole die Verhaftung eines jüdischen Offiziers. Da kam Oberst Schwarzkoppen wieder zum Major Panizardi und rief: "Es war zum Glück ein falscher Alarm, es war nicht mein Mann!" Durch Dreyfus' Verurteilung vollkommen sorglos gemacht, verdoppelte sein Vieferant von da ab seine Thätigkeit, aber den Italienern wollte er nichts liefern, nur über die Alpenverteidigung um Nizza und Briançon gab er der Botschaft Schriftstücke.

Das dauerte bis zum 10. November 1896. Damals veröffentlichte Eclair die Nachbildung des Begleitschreibens. Oberst Schwarzkoppen wiederholte seine Behauptung, daß der Major Panizardi nicht mehr am Leben sei. Am 1. November 1896 kam Oberst Schwarzkoppen wieder zum Major Panizardi und rief: "Es war zum Glück ein falscher Alarm, es war nicht mein Mann!" Durch Dreyfus' Verurteilung vollkommen sorglos gemacht, verdoppelte sein Vieferant von da ab seine Thätigkeit, aber den Italienern wollte er nichts liefern, nur über die Alpenverteidigung um Nizza und Briançon gab er der Botschaft Schriftstücke.

Das dauerte bis zum 10. November 1896. Damals veröffentlichte Eclair die Nachbildung des Begleitschreibens. Oberst Schwarzkoppen wiederholte seine Behauptung, daß der Major Panizardi nicht mehr am Leben sei.

Schwarzloppen erkannte sofort Esterhazys Schrift, auch hatte er die darin aufgezählten Schriftstücke empfangen. Er wurde sehr aufgereggt, denn er erkannte, daß Dreyfus auf Grund einer Schrift Esterhazys verurteilt war. Er ging zu Panizardi und sagte: „Jetzt haben sie meinen Mann! Das ist seine Schrift.“ Von da an ließte Esterhazy nichts mehr. Im Oktober 1897 begann man wieder von der Dreyfus-Sache zu sprechen. Esterhazys Name war noch von keiner Zeitung genannt worden. Da kam am 16. Oktober 1897 nachmittags Schwarzloppen faßt und verfallen zu Oberst Schwarzloppen in der Rue de Ville, zog aus der Tasche den Revolver, der ihn nie zu verloren scheint, und erklärte, er werde einen Selbstmord oder ein Verbrechen begehen, wenn Oberst Schwarzloppen ihm nicht verspreche, zu Frau Dreyfus zu gehen und ihr zu erklären, er habe mit Dreyfus und nicht mit Esterhazy zu thun gehabt. Der Oberst lehnte dies ab, sagte ihm aber, er werde ihn nicht preisgeben, da er ihn kennt habe. Schwarzloppen beruhigt ging Esterhazy, kam aber zwei Stunden später strahlend wieder, bat Oberst Schwarzloppen um Entschuldigung und erklärte, er fürchte nichts mehr, er habe eben eine Zusammenkunft mit zwei französischen Offizieren gehabt, die hätten ihm ein Schriftstück gegeben, nun könne er allen Feinden trocken; er sei gerettet, er wisse, daß man ihn decken würde. Der Brief macht noch einige minder wesentliche Angaben darüber, daß Groß-Münster von Oberst Schwarzloppens Beziehungen zu Esterhazy bis zum Januar d. J. nichts gewußt habe.

Wir stellen fest, daß diese angeblichen Beziehungen Esterhazys zu Schwarzloppen bereits in einem Aufsatz von Polley in der Wiener Zeit Ende Februar 1898 eingehend dargestellt worden sind.

Beauregard (Rechte) interpellierte heute in der Kammer über die kürzlich in Algier erfolgte Präventiv-Verhaftung des antisemitischen Journalisten Max Régis. Er erhebt gegen diese Maßnahme Widerspruch, da sie eine Verleugnung der persönlichen Freiheit darstelle. Samary und Chiché schließen sich seinen Ausführungen an.

Der Justizminister rechtfertigt die Verhaftung damit, daß Régis die jüngsten Unruhen in Algier angestiftet habe, und daß die dortigen Behörden dessen Inhaftnahme als unerlässlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung erklärten.

Ministerpräsident Waldegrave verlangt die einfache Tagesordnung, die mit 308 gegen 170 Stimmen angenommen wird.

Gestern sind 257 Einheimische und 50 Fremde wegen Verleugnung des Heimatrechts in Algier verhaftet worden.

Wolffs L.-B. meldet vom 5. d. M.: Es wird mehrfach bestätigt, daß der Kriegsminister und der Militärgouverneur von Paris, General Burlinden, die Einberufung des Kriegsgerichts auf Donnerstag festgesetzt haben. Das Echo de Paris erklärt die Meldung für unbegründet, daß die von Bola angegriffenen Offiziere beabsichtigten, noch einzeln gegen Bola Prozesse anzustrengen.

Italien.

Bismarck tröstet Crispi.

Wie dem Berliner Tageblatt aus Rom telegraphiert wird, sende Fürst Bismarck an Crispi, den überführten Dieb österreichischer Gelder, eine Depesche, worin er diesem ausdrückt, er möge sich durch Schicksalschläge nicht beugen lassen; er gebe nie die Achtung aller, die seine Werke feierten, und danach seinen wahren Wert zu schätzen wählen.

Kommentar ist überflüssig.

Auszland.

Freispruch.

Minsk, 4. April. Heute wurde das Urteil gefällt in dem seit dem 30. v. M. verhandelten Prozeß gegen eine Anzahl hier ansässiger Juden wegen gemeinsamer Gewaltthärtigkeiten, begangen gegen Militär- und andere Personen christlichen Glaubens. Das Gericht befand, es liege keine Verleugnung des Hasses gegen Christen bezw. das Militär vor und sprach neun Angeklagte frei und verurteilte fünf wegen Widerstandes gegen Militärpatrouillen zu zweijähriger Gefängnishaft.

Serbien.

Pleitepolitik.

Ein königlicher Ullas ordnet auf Grund des Artikels 55 der Verfassung und des Konversionsgesetzes vom 8. Juli 1895 die Aufnahme einer Staatsanleihe von 10 Mill. Franken zum Pariser Preis in Silber bei der Nationalbank an, die in 10 Jahren mit jährlich 1 Million in Monatsraten durch die Staatskasse rückzahlbar ist. Der Ullas ändert im weiteren das Baustatut dahin ab, daß die Bank auf Silber lautende Noten bis zum

Beitrage von 35 Millionen Franken (anstatt bisher 25 Millionen Franken) ausgeben kann.

Serbien ist bereits hochverschuldet, und diese Unselbstwirtschaft treibt zum Staatsbankrott.

Über die Geldnot — Vater Milans ist groß, und Alexander der Kleine braucht auch Moneten.

Der spanisch-amerikanische Konflikt.

Von Mac Kinley.

Präsident Mac Kinley teilte am 4. d. M. den Mitgliedern des Kongresses mit, daß Gericht von einer Vermittlung seitens des Papstes sei unbegründet, er wisse nichts davon. Mac Kinley fügte hinzu, er erwarte ständig eine Kabeldepesche der spanischen Regierung mit der Benachrichtigung, daß den Aufständischen auf Cuba ein formeller Vorschlag wegen des Waffenstillstandes gemacht sei.

Mac Kinley krank?

Aus Washington wird vom 5. April gemeldet: Man versichert hier, daß das Unwohlsein Mac Kinleys einen ernsten Charakter angenommen habe, so daß der Präsident die Absaffung seiner Botschaft an den Kongress für einige Tage auszuschieben gezwungen ist.

Ist Mac Kinley schulkrank? Will er die Entscheidung verzögern?

Schiffsaufzug.

Die Abteilung des nordamerikanischen Marineamtes für Hilfskreuzer hat auf Anordnung des Marineamtes 10 Küstenschiffe angelauft, die als Hilfsschiffe dienen sollen.

Die päpstliche Vermittlung.

Aus Washington wird vom 4. April gemeldet: Auch hier wird amtlich dementiert, daß der Papst formell seine Vermittlung zwischen Spanien und Amerika angeboten, oder daß die beiden Staaten die Vermittlung des Papstes angerufen hätten.

Aus Madrid wird vom 5. d. M. telegraphiert: Umliegende Meldungen über die Annahme der päpstlichen Vermittlung liegen noch nicht vor, doch zweifelt die Regierung nicht an der Einwilligung der Vereinigten Staaten. (?) Sagasta erklärte, es hieße den Krieg förmlich provozieren, falls die amerikanischen Staatsmänner noch nicht zufrieden seien, nachdem Spanien sich bereit erklärt habe, den cubanischen Krieg einzustellen. Wie hier verlautet, steht der Eintritt zweier Konservativer in das Kabinett bevor, um damit zu beweisen, daß „alle königstreuen Parteien zusammenhalten“. Beim Marineministerium hat eine große Anzahl Kapitäne, fremde und einheimische, Kaperbriefe nachgesucht.

Interventionenverhandlungen.

Aus Rom wird gemeldet, daß die Großmächte über die Form der gemeinsamen Intervention in Madrid und Washington verhandeln. Man bezeichnet die Lage als weniger gespannt, wie sie scheine. Mindestens sei ein Ausschuss der Kriegserklärung möglich.

Die fremden Vertreter in Washington sind, so meldet ein Telegraphen-Bureau aus Newport vom 5. d. M., von ihren Regierungen benachrichtigt worden, daß zwischen mehreren europäischen Mächten Noten, betreffend einen Vermittlungsversuch, ausgetauscht worden sind. Gestern abend ist wiederum die Nachricht, daß die Vermittlung des Papstes angenommen sei, offiziell in Abreise gestellt worden. Eine Note besagt, daß die Vereinigten Staaten weder eine Vermittlung, noch eine Dazwischenkunft einer fremden Macht annehmen können. Im übrigen sei bis jetzt noch kein Vermittlungsvorschlag angeboten worden.

Auf einmal nobell!

Der italienische Marineminister Brini lehnte dankend die Anträge des amerikanischen Bevollmächtigten, der in Rom mehrere Schiffe des Reservemarinegeschwaders anlaufen wollte, ab; an Spanien werden ebenfalls keine weiteren Schiffe mehr verkauft. Vorher war Herr Brini nicht so spröde und verkaufte an beide Parteien.

Spanische Rüstungen.

Einer Meldung des New Yorker Blattes World aus Havanna vom 4. d. M. zufolge haben die Spanier Mittwoch nacht 40 schwimmende unterseeische Minen im engsten Teile des Hafens niedergelegt. Nach einer Meldung des New York Herald trifft der Generalkonsul Lee in Havanna gemäß den ihm erteilten Weisungen Vorkehrungen, um die Geschäfte des amerikanischen Konsulats dem britischen Konsul zu übertragen.

gesorgt werden, die einen Teil der Rollen der Frau Baumann übernehmen könnte. Es wird schwer sein, für eine so hervorragende und trefflich geschulte Sopranistin eine würdige Nachfolgerin zu finden, aber eben, weil es schwer ist, müßte sich die Direction beizeiten darnach umsehen.

Die Vorstellung verlief, einige kleine Verschenk und einige Unsicherheiten in den Chören abgerechnet, im ganzen gut. Die reizende Melodist Nicolas und der derbgesunde Humor Shakespeares hatten ihre alte Wirkung.

Die elektrische Beleuchtung von Bühne und Saal scheint nun mehr vollständig durchgeführt zu sein. Das ist ein großer Vorteil für unser Stadttheater. Im Saale macht sich die elektrische Beleuchtung nicht nur durch erhöhte Helligkeit angenehm bemerkbar, sondern auch dadurch, daß jetzt die Temperatur um vieles erträglicher ist als früher. Auf der Bühne herrscht nun auch ein besseres Licht, und das ist wahrscheinlich. Der Hauber der neuen Beleuchtung zeigt sich in der gestrigen Vorstellung besonders in der Schlusscene der Oper, wo der Wald nun wirklich einmal mit magischem Mondlicht durchflutet war. Nur die Farbe dieses Mondlichtes, die fast an Meergrün erinnerte und in ihrem intensiven Blaugrün nicht gerade angenehm auf das Auge wirkte, war etwas unnatürlich, übertrieben. Diese Effekte müssen natürlich allmählich gehörig ausprobiert und die Vorlagen gläsern abgestimmt werden. Aber auf eines wird die Regel von nun an doppelt achten müssen: auf den mehr als mangelfulzen Zustand mancher unserer Dekorationen; denn bei dem hellen Licht treten die schadhaften Stellen nun noch schärfer zu Tage. Es braucht ja deshalb nicht immer neues Geschäft zu werden, aber man muß mehr Sorgfalt auf die Erhaltung und gelegentliche Aufbewahrung des vorhandenen Fundus verwenden. Es macht zum Beispiel einen recht eigenartlichen Eindruck, wenn der Mond in der Schlusscene, bevor er aufsteht, durch schadhafe Stellen des Hintergrundes durchscheint. Man wende mir nicht ein, daß seien Neuerlichkeiten, Neuerlichkeiten. Von diesen Neuerlichkeiten schließt man allzuleicht auf den im ganzen Kunstinstitut herrschenden Geist. Und wenn wir aufrichtig sein sollen, so werden diese Kleinigkeiten und Neuerlichkeiten an unserer Opernbühne gegenwärtig nicht durch allzuviel vorsprüngliche musikdramatische Leistungen überwogen und in den Hintergrund gedrängt. Das neu eingeführte elektrische Licht, das manchen Schaden anrichtet, mag einen willkommenen Aufschluß bieten, mit alten Nachlässigkeiten einmal aufzuräumen.

H. M.

Die Kirche macht auch mobil.

Gestern verlassen in den spanischen Kirchen die Priester von den Klöstern ein Schreiben des Bischofs der Diözese, durch welches Gebete für den Triumph der spanischen Waffen angeordnet werden.

Die portugiesische Regierung

verständigte Spanien, daß sie im Falle eines Krieges unbedingt Neutralität beobachten und der nordamerikanischen Flotte in den portugiesischen Gewässern und Häfen feinerlei Stützpunkt gewähren werde. Zu diesem Zwecke werden sämtliche Häfen Portugals sowie die auf den Azoren, in Madagaskar und am Kap Verde durch Torpedos und Unterseeminen befestigt.

Cubanachrichten.

Nach einer Meldung des Newt. Bur. aus Washington erhielt der spanische Gesandt ein Telegramm aus Havanna, in dem mitgeteilt wird: Das autonomistische (von der spanischen Regierung abhängige) Kabinett richtete an die Aufständischen die Aufforderung, einen Waffenstillstand befußt Festsetzung von Friedensbedingungen zu vereinbaren, da sie ja alle Kubaner seien und sich zur Erlangung von Frieden und Freiheit vereinigen sollten. Spanien sei bereit, die Autonomie anzuerkennen und werde einen darauf bezüglichen Plan den Cortes unterbreiten.

Nach derselben Meldung hielten die republikanischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des nordamerikanischen Repräsentantenhauses eine Besprechung ab und beschlossen, einen Beschlusshintrag einzubringen, im wesentlichen ähnlich dem im Senate eingebrachten Beschlusshintrag, dahingehend, in Cuba die Republik anzuerkennen.

Der Konflikt vor dem englischen Unterhause.

Auf eine Anfrage Morleys über den Stand der Angelegenheiten zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten erklärte gestern der Minister Balfour, er könne nur sagen, daß diese Frage in jeder Hauptstadt zu beiden Seiten des Atlantischen Oceans bejüngte verursache und daß bei den unmittelbaren vorberührten Regierungen der starke Wunsch vorhanden sei, den Frieden zu wahren. Balfour schließt: „Was wir thun können, wird geschehen.“

Deutsche Nachrichten.

Washington, 5. April. Das Gericht von einer Intervention des Papstes in dem Streitfalle zwischen Amerika und Spanien wird aufs neue für unbegründet erklärt, mit dem Hinzufügen, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen die Vermittlung oder Einmischung irgend einer auswärtigen Macht annehmen könnten.

Aus dem Landtag.

r. Dresden, 4. April. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Abg. Gontard-Leipzig (nat. lib.) zugleich für die Abg. Krüwell und Müller die Erklärung ab, daß sie behindert waren, an der Abstimmung über die Vereinsgefechtvorlage teilzunehmen. Sie würden aber für die Regierungsvorlage und gegen die konserватiven Anträge gestimmt haben.

Zur Vorberatung stand zunächst ein Gesetzentwurf der Regierung über Aufnahme einer dreiprozentigen Anleihe in Höhe von 112 Millionen Mark. Der Vorlage ist eine Begründung für die Notwendigkeit der Anleihe, mit deren Tilgung nach vier Jahren der Aufnahme beginnen werden soll, beigegeben. Die Vorlage wurde ohne Debatte an die Finanzdeputation überwiesen.

Weiter war in der Schlussberatung über eine Regierungsvorlage, die Abänderung des § 7 der revidierten Landgemeindeordnung betreffend, zu verhandeln. Die Deputation empfahl Annahme der Vorlage. Nach ihr soll in Zukunft dem Ministerium in Gemeindeangelegenheiten, soweit In- oder Ausbezirfung von Grundstücken, Abtrennung von Grundstücken von selbständigen Gutsbezirken in Frage kommen u. s. w., eine höhere Kompetenz eingeräumt werden. Es sollen dadurch Streitigkeiten, wie sie oft zwischen den einzelnen Gemeinden und Grundstücksbesitzern in Bezug auf Bebauung von Grundstücken vorkommen, mehr vermieden werden. Dem Antrage der Deputation wurde ohne Diskussion zugestimmt. Ferner bewilligte die Kammer: für außerordentliche Bauten an höheren Schulen (Seminare, Gymnasien, Realschulen etc.) die Summen von 280 000 (statt der geforderten 270 000 Mark), 174 100 und 112 000 Mark; für Erweiterung des Bahnhofs in Freiberg (dritte und letzte Rate) 280 600 Mark; für Vermehrung der Gleise auf Bahnhof Bärenmühle 80 000 Mark; für Befestigung eines Wegüberganges am Bahnhof Siegmar 196 000 Mark.

Donnerstag ist die legte Sitzung vor den Feiertagen. Die Ferien dauern acht Tage.

— Dem Studenten Goethe soll in Leipzig ein Denkmal errichtet werden — dem Studenten Goethe, nicht dem Dichter. Denn für den Leipziger Goethephilister ist der große Wolfgang nur infofern interessant, als er einmal als blutiges Herrchen in dem kleinen Klein-Paris sein Wesen getrieben und in der Feuerfuge gebrannt ist. Karl Seffner soll bereits einen Entwurf zu dem Denkmal skizzirt haben. So stellt ein tüchtiger Künstler seine Kraft in den Dienst einer Philisterlücke.

¶ Durchgebrannter Theaterdirektor. Aus Kiel wird uns vom 4. April geschrieben: Grobes Aufsehen macht es hier, daß der Theaterdirektor Ernst Albert zum Leidwesen zahlreicher Gläubiger durchgebrannt ist. Dem Theaterpersonal kann die fällige Gage nicht ausgezahlt werden, da der verbüstige Direktor wohlweislich das bare Geld aus der Theaterkasse in seine Taschen übertragen hat, bevor er die Reise antrat. Am 1. April hat er noch die erste Hälfte des städtischen Theaterzuschusses, 6000 Mk., eingesteckt. Das Verschwinden des Theaterdirektors kommt überraschend, da das Theater während der ganzen Spielzeit sehr gut besucht war und außer dem städtischen auch noch kaiserlichen Zuschuß bezog.

— Die belgische Südpolexpedition unter Führung des Lieutenant Gerlache ist in der Südpolar verunglückt. Der Dampfer Belgica ist zerstört, die Mannschaft wurde gerettet, die Expedition aber ist endgültig vereitelt.

Aus Brüssel kommt jedoch vom 5. d. M. die Meldung: Die Nachricht vom Untergang der Belgica wird hier nicht geglaubt. Man nimmt an, daß, nach den letzten Nachrichten des Kapitäns der Belgica, die Expedition nach dem Südpol schon längst die Beagle-Straße verlassen haben müsse.

Humoristisches.

Serenissimus: „Bei meiner gestrigen Ausfahrt habe ich bemerkt, daß mir von zwei Personen nicht zugejubelt wurde. Wie kommt das? Wer sind die beiden?“ — Minister: „Schön erzählt, Serenissimus! Das waren der Spengler Meier und der Schlosser Huber, die grüßen nimmer, weil ihr Gesuch um den Hostieferanten-Titel noch nicht genehmigt ist. Es sind dies auch die zwei letzten Unterthanen Eurer Hoheit, die diesen Titel noch nicht haben!“ — Serenissimus: „Das Gesuch ist genehmigt!“ (Simplicissimus.)

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Konservative Klunkerei. Während der Verhandlungen der zweiten Kammer über die Vereinigungs-Novelle hat der Abg. Dr. Mehnert gesagt, „selbst Auer sei in der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags damit einverstanden gewesen, daß nach § 17 des Reichswahlgesetzes die nicht Wahlberechtigten aus den Wahlversammlungen auszuschließen seien“. Dazu sendet Genosse Auer der Sächsischen Arbeiterzeitung folgende Erklärung:

Wenn diese Darstellung dazu dienen sollte, mich etwa als Helfer für das neueste konservative Altenat auf das Vereins- und Versammlungsrecht ins Treffen zu führen, so muß ich das für einen sehr missglückten Versuch bezeichnen. Der § 17 des Reichswahlgesetzes ist bekanntlich in die Vorlage aufgenommen worden, um den Wählern jener deutschen Vaterländer, die ein gesetzlich anerkanntes Vereins- und Versammlungsrecht nicht haben — halbe Mecklenburg — die Möglichkeit zu geben, zur Wahltagung Versammlungen zu gründen und Versammlungen abzuhalten. Während des Sozialistengesetzes waren nun unsere Genossen vielsach genötigt, in der Wahltagung Versammlungen unter Berufung auf den § 17 des Reichswahlgesetzes abzuhalten, denn der Reichstag hatte gegen über Wahlprotesten wiederholt entschieden, daß während der Wahlzeit berufenen Wählerversammlungen nicht von vornherein auf Grund des Sozialistengesetzes verboten werden dürfen. Nun spricht aber der § 17 des Wahlgesetzes in seinem ersten Absatz nur von „Wahlberechtigten, die das Recht haben, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlanglegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten.“ Auf Grund dieses Wortlautes hat nun die Wahlprüfungs-Kommission konstant daran festgehalten, daß Wählerversammlungen, die unter Berufung auf § 17 zusammengetreten, nur von Wahlberechtigten besucht werden dürfen. Diese Praxis hatte längst Platz gegriffen, ehe ich in die Wahlprüfungs-Kommission eintrat und ich habe später nicht widersprochen, da der Wortlaut des § 17 eine solche Auslegung allerdingss zuläßt. In der letzten Legislaturperiode hat die Frage, über die Berechtigung der Teilnahme an den Wahlversammlungen, welche 1890/91 zu häufigen Krämerungen in der Wahlprüfungs-Kommission führte — fast gar keine Rolle mehr gespielt. Mit Aufhebung des Sozialistengesetzes hat eben für die Arbeiter die Notwendigkeit aufgehört, sich auf den § 17 des Wahlgesetzes zu berufen. Es werden jetzt die Wahlversammlungen wieder auf Grund der landesgesetzlichen Bestimmungen berufen. Ich habe mich also, wie sich das wohl von selbst versteht, nie mit der Ausschließung der Minderjährigen oder Nichtwählern aus den Versammlungen einverstanden erklärt, sondern nur einer bestehenden gesetzlichen Vorschrift, die zu ändern nicht in meiner Macht stand, Rechnung getragen.

J. Auer.

Dresden. 4. April. Herr Gewerberat Siebdrat, einer der ersten Gewerbevertreter in Sachsen, hat seine Stellung aufgegeben. An seine Stelle trat Gewerberat Schlippe von Chemnitz, der seinerseits durch den Gewerberat Kunze ersetzt worden ist.

Die hiesigen Hausbesitzer wollten ihren Patriotismus wieder einmal auf Kosten der Steuerzahler glänzen lassen. Ein Komitee beabsichtigte, zu den Jubiläumsfeierlichkeiten des Königs die Proger, See- und Schloßstraße nach einheitlichem Plane in eine Triumphstraße zu verwandeln. Das von den Hausbesitzern etc. zusammengetrommte Geld langte aber nicht, und so hatte der Stadtrat, zuvorkommend wie immer in solchen Sachen, 5000 Mk. für diesen Specialzweck in Aussicht gestellt. Die Stadtverordneten haben aber jetzt in geheimer Sitzung beschlossen, dazu nichts zu bewilligen. Der schöne Plan scheitert nun, da sich das betreffende Komitee sofort aufgelöst hat. Ja, wenn es nicht loslebt!

Der Gemeinderat in Potschappel hat eine Klasseneinteilung der Unanständigen bei den Gemeinderatswahlen beschlossen. Diese Einteilung widerspricht aber den Bestimmungen der Landgemeindeordnung und kann nur durch Dispenserteilung durch das Ministerium eingeführt werden, und auch da nur auf Grund einer sehr ansehbaren ausdehnenden Auslegung der Landgemeindeordnung. Vom Bezirksausschuß ist diese Klasseneinteilung jetzt befürwortet worden. Wie aber der Bezirksausschuß diese Befürwortung rechtfertigen will, ist uns geradezu unverständlich.

Grimmtschau. 4. April. Obwohl das Projekt der elektrischen Bahn von hier nach Meerane und Glauchau noch kaum über die Vorarbeiten hinaus gediehen ist, taucht schon ein neuer Plan betr. einer elektrischen Bahn auf. Die Firma Thormann und Wenger in Schönberg bei Berlin hat sich mit einer Eingabe an den hiesigen Stadtrat gewandt, in der sie die Absicht fund giebt, eine elektrische Kleinbahn, die die Städte Grimmtschau, Ronneburg und Gera verbinden soll, zu erbauen. Der Stadtrat steht dem Projekt sympathisch gegenüber.

Freiberg. 4. April. In einer Stadtverordnetenversammlung fand eine längere Aussprache über die Frage der Beschäftigung tschechischer Arbeiter statt. Der Stadtrat hat beschlossen, ausländische Arbeiter nur im Notfalle zu beschäftigen. Allein es wurde einerseits die Unmöglichkeit (!) hervorgehoben, Bauarbeiten nur durch einheimische Kräfte ausführen zu können, andererseits wurde darauf hingewiesen, daß deutsch-böhmisches Beutung selbst dringend wünschen, man möge Deutsch-Böhmen nicht ihrem Lande entziehen, da das von ihnen verlassene Territorium von Tschechen eingenommen wird. Na also! Es ist auch ein Stück Patriotismus, wenn die deutschen Unternehmer den deutsch-böhmischem Unternehmen die deutschen Arbeiter nicht entziehen und sich mit den billigen tschechischen Arbeitern begnügen.

so. Wylan. 4. April. Das Musterzeichnen in der Textilbranche entwickelt sich von der „Kunst“ immer mehr zum Handwerk. Das beweisen die niedrigen Löhne, die kaum an die der Maurer und Zimmerer heranreichen. In einem hiesigen größeren „Atelier“ sollte der Vohuzug von 1½ Pf. pro Zug auf 1½ Pf. bei Hausarbeiten herabgesetzt werden. Sämtliche Zeichner bewahnten sich aber einmütig dagegen und verweigerten nunmehr jedwedes Überstundenarbeiten. Die Folge davon war, daß der erste Zeichner entlassen wurde, weil er die anderen — aufgehetzt habe. Leider ist die Solidarität noch nicht genug entwickelt, um solche Workkommunisten unmöglich zu machen. Allerdings haben sich erfreulicherweise in neuerer Zeit an vielen Orten Zeichnervereine gegründet, die vollständig auf dem Boden der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung stehen.

kleine Mitteilungen aus dem Lande. Da die Handwerker immer mehr zurückgeht, so müssen auch die Webzähne diesen Umstand Rechnung tragen. In der Websschule zu Tresen werden demnächst mehrere mechanische Webstühle aufgestellt. — In Großjoch ist die Nachtwächterdienst von der Schutzmannschaft übernommen und das Institut der Nachtwächter aufgehoben worden. — In Ünides bei Paris ist ein deutscher Spion „Major“ Friedrich Haan verhaftet, aber wieder entlassen worden. Major Haan ist der verdorbene einzige Sohn des ehemaligen Superintendenten Dr. theol. G. Haan in Leipzig. Derselbe hatte einige Jahre die Fürstenschule in Grimma besucht und trat dann in das sächsische Kadettencorps und, aus diesem wegen schlechter Strelche entlassen, die österreichische Armee ein, wo er es bis zum Sergeanten brachte. Später wurde er sächsischer Grenzausseher und vertratete

sich in Königstein, von wo er schließlich floh und ein abenteuerliches Leben begann.

Menselwitz. 4. April. Im Germanofaschade erschienen der Obersteiger Leineweber und der Häuer Weise.

Gera. 4. April. Zwischen dem Oberbürgermeister Mück und den Stadtverordneten schwieben schon seit längerer Zeit ernste Differenzen, an denen der Oberbürgermeister, ein herrschaftlicher Mann, die Schuld trägt. In der letzten Stadtverordnetenversammlung stimmten die Stadtverordneten einhellig einer Resolution zu, die dem Oberbürgermeister die Missbilligung der Stadtverordneten auspricht. Darauf hat der Herr Oberbürgermeister seine Entlassung gegeben. Eine Thräne weint ihm niemand nach.

Erfurt. 4. April. Die Selbstbeschäftigung, die der Redakteur der Tribune, Genosse Schulz, für seinen Aufenthalt im hiesigen Gefängnis beantragt hatte, wurde ihm durch die Oberstaatsanwaltschaft in Naumburg verweigert. Dagegen wurde ihm als Lectire die Magdeburger Zeitung und außerdem andere leicht verdauliche Unterhaltungslectire gestattet.

Corbetha. 4. April. Dammrutschungen sind infolge der heftigen Regengüsse der letzten Tage auf der neuerrichteten Bahnhofstrecke Corbetha-Deuben vorgekommen, so daß der Verkehr auf der ganzen Strecke gestern vollständig eingestellt werden mußte.

Aus der Partei.

Das Reichsgericht hat die Revision des Genossen Eduard Fuchs gegen das Urteil des Münchener Schwurgerichts, das ihn wegen Majestätsbeleidigung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt hat, gestern als unbegründet verworfen.

London. 4. April. Der Vormärz schreibt: Über den Tod unserer Freunde und Genossen Eleanor Marx haben wir weitere Nachrichten noch nicht erhalten, was sich aus der Abgeschiedenheit erklärt, in der die uns so früh Entrissene mit ihrem Manne in einem der entfernteren Vorstädte Londons gelebt hat. Dr. Aveling hatte vor mehreren Wochen eine Operation auf Tod und Leben zu bestehen und obgleich die Operation gelang, so war der Blutverlust doch so groß und der Schwächezustand so nachhaltig, daß der Tod des Kranken erwartet wurde. Und nun kommt die niederschmetternde Nachricht vom Tode der Frau. Noch stehen wir vor einem Rätsel. Die nächste Zeit wird das Dunkel aufhellen, und wir werden dann unseren Lesern die volle Wahrheit mitteilen, und ein Lebensbild der herrlichen Frau geben, die so jäh uns entrissen ward."

Eleanor Marx hat sich mit Bleisäure vergiftet. In den letzten Tagen vor ihrem Tode hat sie noch eine Anzahl Briefe an Freunde geschrieben, die ruhig flingen und keine Andeutung des verhängnisvollen Entschlusses enthalten. Frau Aveling war vollkommen gesund. Sie wird am Dienstag in Woking verbrannt. Kinder hinterläßt sie nicht. Aveling ist seit längerer Zeit leidend, was auf ihr Gemüth gewirkt haben mag.

Bei der Totenshow vor der Jury in Sydenham, dem Wohnort der Verstorbenen, erklärte der Dr. Aveling: „Ich reiste am vorigen Donnerstag nach London, und bei der Rückfahrt hörte ich, daß sie tot sei. Sie hatte oft mit Selbstmord gedroht, so daß ich dies als leeres Gerede ansah. Sie hat mir auch öfters gemeinsame Selbstmord vorgeschlagen, um unsere Schwierigkeiten zu beenden. Früher haben wir finanzielle Schwierigkeiten gehabt, doch nicht in letzter Zeit.“

Der Parteivorstand hat an Dr. Aveling folgende Depesche geschickt:

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie, die Redaktion des Vormärz und die Redaktion der Neuen Zeit sprechen ihren lieben Schmerz aus über den so großen Verlust, den die internationale Sozialdemokratie im allgemeinen und die Arbeiterbewegung Englands im besonderen ebenso wie die soziale Wissenschaft durch das plötzliche Hinscheiden der tapferen und selbstlosen Vorsängerin, der Müttergründerin des neuen Unionismus, der unermüdlichen Propagandistin des Sozialismus, der Fortschafterin des wissenschaftlichen Werkes ihres Vaters, unseres großen Meisters, erlitten hat. Was sterblich war an Eleanor Marx, wird morgen den Flammen übergeben, ihr Gedächtnis lebt unauslöschlich fort in unseren Herzen, lebt fort in der Geschichte des kämpfenden Proletariats.

J. A. Liebknecht.

Allerlei aus der Partei. In Nürnberg sprach Genosse Oertel in stark besuchter Versammlung über das Flottengesetz und die Militärstrafprozeßordnung vor dem deutschen Reichstage. — In Bayreuth agitierten unsere Genossen eifrig auf dem Lande. Am Sonntag, 8. April, sprach Genosse Vollmar in Tölz vor etwa 1000 Bauern und sand lebhaften Beifall.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. April.

40 Feilenhauer sind heute morgen hier in den Ausstand getreten. 10 Feilenhauer arbeiten zu den neuen Bedingungen weiter. Sendungen sind zu richten an Gustav Jähnel, Leipzig-Plagwitz, Merseburger Straße 53.

Zu unserem Artikel über die Lage der Branereiarbeiter Leipzigs wird uns geschrieben: Es befindet sich darin der Satz: Entlassungen sind in größerer Zahl vor drei bis vier Monaten nicht zu erwarten, bis zu welcher Zeit der Malzvereinbetrieb, d. h. die Fabrikation des Malzes, zum Stehen kommt. — Zur Zeit der Abschaffung unseres Situationsberichtes, die vor etwa 7 bis 8 Wochen vor sich ging, war es wohl richtig, daß größere Entlassungen vor 3 bis 4 Monaten nicht zu erwarten waren; augenblicklich können aber höchstens noch 2 Monate in Betracht. Die Schuld für diese Unrichtigkeit trifft jedenfalls mich als den Verfasser. Die Nennung des Kalendermonats, in dem größere Entlassungen in unserem Betriebe stattfinden würden, wäre eine falsche Ausschöpfung unmöglich gemacht haben. Ich möchte hiermit also die betreffende Stelle in Nr. 76 der Leipziger Volkszeitung dahin richtig stellen, daß es heißt: „Entlassungen sind in größerer Zahl vor dem Monat Juni nicht zu erwarten, bis zu welcher Zeit ic...“ H. L.

Eine neue Verkehrserschwerung bedeutet ein Urteil des Leipziger Schöffengerichts, das im Publikum die größte Bewunderung hervorruft. In einem von der Reichspost veranlaßten Strafverfahren gegen die hiesige Privatpost Leipzig ist diese zur Zahlung einer Strafe von rund 500 Mk. verurteilt worden, weil sie eine Anzahl ihrer von einem Braunschweiger Postbeamten im Paket zugesandter Briefe, die mit Bisammarken besetzt waren, ausgetragen hat. Es wurde hierin eine Verleihung des Postgesetzes gefunden, dessen § 1 die Verförderung verschlossener Briefe zwischen Orten mit Postanstalten auf andere Weise als durch die Post verbietet. Durch das Reichsgericht ist aber der Zweifel, ob es gestattet sei, mehrere Briefe zusammen in einem Pakete durch die Post an einen anderen Ort befördern zu lassen, bereits

früher dahin entschieden, daß dieses nicht verboten sei. Das Leipziger Schöffengericht hat aber bei Findung seines Urteils angenommen, daß die Absendung der Briefe in dem Pakete aus Braunschweig, und die Austragung durch die Lipzia hier einheitlicher Verförderungsalt sei und daß der Kollektor den Willen gehabt habe, die Briefe an die Empfänger nicht durch die Reichspost gelangen zu lassen. Die Lipzia habe nur den letzten Teil der einheitlichen Verförderungshandlung ausgeführt, sie habe die Verförderung, die der Kollektor in Braunschweig begonnen, nur fortgesetzt.

An dem Urteil, dem wohl die höheren Instanzen nicht ohne weiteres beitreten dürften, ist vor allem interessant, daß es von dem Schöffengericht der Handelsstadt Leipzig gefällt wurde.

Da von den diesjährigen Konkurrenz ein großer Teil teils in ein Lehr-, Dienst- oder Arbeitsverhältnis tritt, so wollen wir nicht unterlassen, auf die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung sowie der Gesindeordnung hinzuweisen. 1. Wer in ein Lehrverhältnis tritt oder wer in Fabriken oder anderen Werkstätten Arbeit sucht, bedarf eines Arbeitsbuches. Dieses wird dem Lehrling oder Arbeiter von der Polizeibehörde seines leichten Baurnden Aufenthaltsortes kostengünstig ausgestellt. Der Vater oder Vormund muß seine Genehmigung hierzu erteilen. Falls die Genehmigung nicht erlangt werden kann, ist die Polizeibehörde berechtigt, diese zu ergänzen. Der Lehrling oder Arbeiter muß also, wenn der Vater oder Vormund nicht persönlich mit zur Polizei gehen kann, eine schriftliche Erklärung von diesem mitnehmen. Auch ist durch Vorlegung des Schulabschlußzeugnisses oder Konfirmationscheinnes nachzuweisen, daß der Arbeiter zum Besuch der Volksschule nicht mehr verpflichtet ist. 2. Wer sich als Gesinde vermietet will, muß über seine Person frei verfügen können. Es dürfen sich daher Minderjährige, die unter väterlicher Gewalt stehen, nicht ohne Einwilligung des Vaters, und Bevorstehende nicht ohne Einwilligung des Vormundes, in Dienste versetzen. Wird diese Einwilligung des Vaters oder Vormundes ohne hinweisenden Grund verweigert und ergibt sich, daß es den Eltern an den nötigen erlaubten Mitteln zum Unterhalte gebricht, oder daß sie die Kinder schlecht halten, oder diese um ihrer eigenen besseren Ausbildung willen in Dienst zu gehen wünschen, so kann die mangelige Einwilligung des Vaters oder Vormundes von dem Vormundschaftsgericht ergänzt werden. Wer in Dienste treten will, muß sich der Polizeibehörde seines Wohnortes ein Dienstbuch ausstellen lassen. Dasselbe kostet 50 Pfennige. Bei der Ausstellung sind Schulabschlußzeugnis oder Konfirmationschein und die Einwilligung des Vaters oder Vormundes vorzulegen.

Das Ministerium des Innern hat in einer neueren Entscheidung ausgesprochen, daß nach dem für das Königreich Sachsen geltenden Vaurechte die Bebauungsfähigkeit eines im übrigen der Bebauung bereits erschlossenen Grundstückes vor dem Vorhandensein besonderer Baubeschriften nicht abhängig sei. Es bietet daher der Umstand, daß der Erlass solcher in Aussicht genommen ist, keine ausreichende Grundlage zur Verfolgung der Bauplanungsordnung. So lange derartige Baubeschriften nicht bestehen, hat die Baupolizeibehörde lediglich zu erwägen, ob und unter welchen Bedingungen ein Baubehörden nach den Baupolizeiordnungen und unter Beachtung der vom gesundheits- und wohlfahrtspolizeilichen Standpunkte sonst zu stellenden Anforderungen zulässig erachtet. Da dem sozialdemokratischen Ermessen unter diesen Verhältnissen ein ziemlich weitgehender Spielraum gelassen ist, wird es in vielen Fällen möglich sein, die Baubedingungen so zu gestalten, daß anfällige Abweichungen von den künftigen Baubeschriften vermieden werden.

Nach der Ansicht des Reichsamtes des Innern, der sich das sächsische Ministerium des Innern angegeschlossen hat, darf eine auf Grund von § 8 des Freiheitlichkeitsgesetzes verhängte Ausweisung nicht für länger als für die Dauer der von der Verbüßung der leichten Strafe wegen Bettelns zu berechnenden 12 Monate verfügt werden. Die „leichte Strafe“ aber ist die leichte derjenigen wiederholten Bestrafungen wegen Bettelns, auf Grund deren die Ausweisung erfolgt. Eine Strafe, die zur Begründung des Ausweisungsbeschusses nicht herangezogen werden kann, hat daher bei der Bemessung der Dauer der Ausweisung außer Betracht zu bleiben.

Bermijt wird seit dem 29. März die 1879 zu Malstatt-Burbach bei Saarbrücken geborene Kellnerin Lina Treib, die sich zuletzt in der Hainstraße in einem Café in Stellung befand, die Genannte ist von unterseitiger Gestalt, hat schwarzes Haar, volles, gesundfarbiges Gesicht, braune Augen und ist bei ihrem Gange u. a. mit dunkelbraunem Kleid, weißem Spitzenkragen und Lackschuhen bekleidet gewesen.

Bewußtlos aufgefunden wurde auf der Waldstraße der Biehändler Oswald Gerasch aus Sörnzig. Er wurde mittels Kraulenwagens dem Krankenhaus St. Jakob zugeführt, woselbst er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstarb.

Beilchenfund. Der seit dem 10. v. M. vermisste Commis Babbst aus Eichweiler wurde gestern nachmittag tot in der Pleise nahe der Bartschmühle aufgefunden.

Aus dem Krankenhaus entlassen wurde der Droschenkutscher Paul Weisse aus Schönesfeld, der Ende vergangenen Monats während eines Wortwechsels mit einem Geschäftsführer von letzterem mit einem Messer in die Brust gestochen wurde. Der anfangs als schwer verletzt bezeichnete Weisse hat zum Glück nur einen leichten Stich in die Lunge erhalten.

Ein wenig lohnender Einbruch ist in der Nacht vom 1. zum 2. April in einem Baucomptoir in der Albertstraße zu Kleinzschöna verübt worden. Der Einbrecher, dem im ganzen vier Cigarren in die Hände gefallen sind, hat wahrscheinlich aus Angst über die geringe Ausbeute eine wertvolle Beizierung zerstört und die Fernsprechleitung beschädigt.

Bernuglichkeit. Am Sonntag nachmittag wollte auf dem Blaibukte in der Berliner Straße eine Frau unmittelbar vor einem Motorwagen noch über die Straße gehen, wurde jedoch vom Wagen angefahren und zu Boden geschleudert. Sie trug eine schwere Verleihung am Kopfe davon und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. — In einer Wohnung an der Ewaldstraße in Volkmarisdorf hatte vorgestern eine Mutter das Unglück, ihr 7 Monate altes Kind vom Arme zu verlieren, sodaß es zu Boden fiel und eine Schädelverletzung erlitt.

Mitteilungen aus dem Publikum. Bei Aufstellung der Tourliste des Auskunftsbüroaus für Monat März fehlten folgende Gewerbegehilfen unentzündigt: Gelbgießer Adolph, Töpfer Liersch, Dachdecker Nirodt, Schreiber Ebert, Silberarbeiter Wohl, Kellner Ernst, Speditionsarbeiter Müller, Maler Nitsch und Tischler Ohmann. Entschuldigt fehlten 14 Beihilfen.

Wie bei staatlichen Verkehrsanstalten das Koalitionsrecht der Arbeiter geachtet wird, erfuhr dieser Tage ein Güterbodenarbeiter des Thüringer Bahnhofs, der sich beim Heben schwerer Gegenstände Schaden gebrachte und auf Anordnung des Arztes einige Tage der Arbeit fernbleiben mußte. Als der Arbeiter sich wieder zur Arbeit einstellte, sandte er seine Stelle besetzt und es wurde ihm vom Vorarbeiter bedeutet, er dürfe solche Arbeiter, die in die Versammlungen

geben und sich dort auch noch zum Wort melden, nicht wieder in Arbeit nehmen. Eine solche Beschränkung der persönlichen Freiheit kann natürlich den Arbeitern nur so lange geboten werden, als sich die Gesamtheit der Güterbodenarbeiter nicht zu einem Verein eng zusammen geschlossen hat, sollegen, nur eine solche Vereinigung gewährt gegen die Übergriffe in die persönlichen Rechte der Arbeiter den notwendigen Schutz. Dachzigstet dieses!

Mehrere Güterbodenarbeiter.

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 6. April, abends 6½ Uhr, im Sitzungssaale am Rossmarkt statt. Zur Verhandlung kommen u. a.: Gewährung einer Beihilfe an die neuerrichtete Handelshochschule in Leipzig; Vertragsabkommen mit dem Samaritervereine hier; Erhebung von 70 Prozent des Normalsteuersatzes zum ersten Termine der städtischen Einwohnersteuer im Jahre 1898; Anlage eines freien Platzes u. auf dem Baublocke zwischen Chaussees, Göschens, Frommann- und Perthes-Straße; Unterbringung der Fortbildungsschule für Mädchen in dem Gebäude der I. höheren Bürgerküche; Errichtung dieser Schule in das Gebäude der VII. Bürgerküche und Errichtung eines neuen Gebäudes für letztere.

Soziale Rundschau.

Die Eisenacher Malergesellen sind in den Streik getreten, weil die Meister ihre Lohnforderungen nicht bewilligt haben. — Am 7. April wollen hier auch die Zimmerer in den Ausstand treten, da die Unternehmer die Forderungen, insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt haben.

W. Benthe (O.-Schl.), 4. April. Der Streik auf der Neuen Helene dauert fort. Unter den Streikenden befinden sich auch 200 Frauen und Mädchen. Insgesamt befinden sich unter den 2200 Arbeitern der Neuen Helene 600 weibliche, über 27 Prozent.

Der Streik in der Celmitschauer Maschinenfabrik in Celmitschau ist beendet. Den Streikenden sind einige Zugeständnisse gemacht worden, die von diesen accepetiert worden sind. Die 98 Ausständigen werden wieder eingestellt. Die Arbeit soll am 5. April im vollen Umfange wieder aufgenommen werden.

Von Nah und Fern.

Aus Pobedels Reich.

W. v. Ein betrübendes Ereignis berichtet der D. Postb. in Nr. 14 vom 3. April aus dem Berl. Haupttelegraphenamt. Am 26. März erkrankte der Posthilfsbote Lehmann und blieb dem Dienste fern. Noch am Abend desselben Tages, bevor er ein Urteil des Vertrauensarztes vorlegen konnte, erschien im Auftrage des Telegraphenamtes ein Beamter bei ihm zur Kontrolle. Lehmann war nicht anwesend, er war, wie es heißt, auf 20 Minuten zur Besorgung notwendiger Angelegenheiten fortgegangen. Die Folge war, daß Lehmann am Sonntag nicht allein seinen Dienst wieder aufnehmen mußte, sondern auch noch Weiterungen in Form von Verhandlungen u. c. hatte. Bei dieser Gelegenheit soll sich der Prototypföhrer Postsekretär Krause, infosofern nicht sehr kühnsichsvoll benommen haben, als er direkt Zweifel an der Dienstfähigkeit des Lehmann äußerte. Dieser konnte aber nur bis Sonntag abend Dienst verrichten, am Montag mußte er sich an das Amt um Überleitung eines Krankenscheins wenden. Bevor jedoch der Krankenschein eintraf, war Lehmann bereits eine Leiche. Bis zur letzten Minute seines Lebens im Dienste festgehalten, mußte Lehmann, mit einem Fuß im Grabe, noch in letzter Stunde die ungerechtfertigsten Vorwürfe über sich ergehen lassen.

Falschmünzer.

Krautgart a. M., 4. April. Die Polizei hat gestern hier eine Falschmünzerwerkstatt mit einer vollständigen Ausstattung aufgehoben. Ein Lederarbeiter und ein anderer Arbeiter wurden in Gaftel bei Mainz bei der Ausgabe falscher Geldstücke verhaftet. Ein dritter Misshandelter, ein Kellner, wird noch gesucht.

Mord.

Hagen, 4. April. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde an einer Hütte aus Kädelshausen ein Mord verübt. Der Mörder, ein hiesiger Schlosser, der sein Opfer durch die Witte, seiner Frau zu Hilfe zu eilen, aus dem Hause gelockt hatte, ließ sich nach vollbrachter That durch einen Eisenbahngüterzug überfahren. Es scheint Wahnsinn vorzuliegen.

Der Vatermörder.

Stuttgart, 5. April. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 41-jährigen Goldarbeiter Eberhard Friedrich Hauser von Feuerbach nach vierjähriger Verhandlung wegen vorläufigen Mordes zum Tode. Hauser hatte seinen 69-jährigen Vater im Stall erwürgt, ihn mit Unterstützung seiner Geliebten an die Abtrittsgrube geschleift und den Kopf des Toten in die Fauche gelunkt, damit es den Aufsehen erwecke, als liege ein Unglück vor. Der Verurteilte war geständig.

Dammbruch.

Newport, 4. April. Infolge eines Dammbruchs am Ohio wurde die Stadt Shawneetown (Illinoi) unter Wasser gesetzt und teilweise zerstört. Die Einwohner flüchteten sich auf die Dächer. Diejenigen, welche die Flut in den Straßen überrannte, wurden vom Wasser fortgerissen. Man schätzt die Zahl der Vermissten auf 500.

Leute Nachrichten.

Leipzig, 5. April. In dem Prozeß gegen den Chefredakteur Trojan vom Kladderadatsch wurde heute vom Reichsgericht die Revision des Angeklagten und des Eingangskommentanten, des Verlagsbuchhändlers Hoffmann, als unbegründet verworfen.

Telegraphische Depeschen.

Private Telegramme der Leipziger Volkszeitung.

Stuttgart, 5. April. Das Verfassungsgesetz wurde mit 69 gegen 18 Stimmen angenommen. Die Privilegierten stimmten mit Ausnahme des Dekans Kollmann dagegen. Das Landtagswahlgesetz wurde mit 78 gegen 10 Stimmen angenommen, das Kreiswahlgesetz mit 62 gegen 19 Stimmen.

Bolzs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Petersburg, 5. April. Die Novoje Wremja meint: Englands Flottendemonstration im Golf von Petschili werde für England keine praktischen Vorteile bringen. Das Gleichgewicht in Ostasien werde nur hergestellt durch die Gleichberechtigung der vier europäischen Großmächte. England müsse seine Absichten auf einen Hafen im Golf von Petschili aufgeben, wenn es nicht Schwierigkeit an der indisch-afghanischen Grenze wünsche. Russland müsse freien Ausgang aus dem Golf

von Petschili haben, es werde unter keinen Umständen davon abgehen. Die englische Diplomatie habe keine Stütze; Japan's Unzufriedenheit mit England nehme eher zu. „Wir finden, daß seine (Japans) Interessen in seinem Widerspruch zu den russischen stehen.“

Washington, 5. April. (Reutersches Bureau.) Wie bestimmt verfügt wird, tauschen die europäischen Mächte gegenwärtig Noten aus, die den Konflikt zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten betreffen.

Verhandlungskalender.

Dienstag: Zimmerer, Königliche Hof-, Mittelstraße. Abends 8 Uhr. K. C. D. 1. Bericht über den Stand der Wohnungswahl. 2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 3. Wie stellen wir uns zum 1. Mat. 4. Gewerbeaufsicht.

Bauhandarbeiter. Geschäftshalle, Altenburg. Abends 10½ Uhr.

Berlin. Bauarbeiter. Altenburger Schloßstrasse, Altenburger Str. 41. Abends 8 Uhr. Vorzug: Antonom des Deutschen, Rosenthaler Str. 21. Abend: Mag. Klemmer. Distriktsrat.

Mittwoch: Kreis Vereinigung der Radfahrer, Königlicher Hof, Mittelstraße.

Abends 9½ Uhr.

Bauhandarbeiter. Siedler, Deutsches Haus. Abends 10½ Uhr.

Quittung.

Für den Reichstagswahlkond.

Bis jetzt eingegangen, M. 797.00

Markranstädt Nr. 5 2.—

H. M. 78 8.—

Der silhe Emil —50

M. B. —80

Eine alte Lassalleanerin 1.—

Alte Sänger, Stadt Altenburg 1.05

Note Ede, Plagwitz, zur neuen Reichstagshöfe 2.05

M. L. 1.—

Von vier roten Billardspielern bei Sanow —68

Eingeladen 2.—

Ausgelöste Riege Behols, Allgem. Turnv. Siedler 6.90

Summa: M. 817.57

Die Expedition.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag den 5. April: 98. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün).

Die Bärmel um Nichts.

Umspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

Einsatz 10½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 10½ Uhr. Schausp.-Preise,

Billiet-Vorlauf an der Tagessäle von 10 (Sonn- u. Feiertag von 10½) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Mindestbetrug von 80 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Mittwoch: Wallenstein's Lager. Hierauf: Die Piccolomini. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag bis Sonnabend: Geschlossen.

Altes Theater.

Dienstag den 5. April:

Der arme Jonathan.

Operette in 3 Akten von Hugo Blümlein und Julius Bauer.

Musik von Karl Mildecker.

Einsatz 10½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Gew. Preise,

Billiet-Vorlauf a. d. Tagessäle v. 10 (Sonn- u. Feiertag 10½) bis 3 Uhr.

Vorverkauf f. d. nächst. Tag (u. Anf. v. 80 Pf.) v. 1—3 Uhr.

Spielplan: Mittwoch: Der Trompeter von Sädingen. Anfang 10½ Uhr. — Donnerstag bis Sonnabend: Geschlossen.

Ärztebüro der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch:

Speiseanstalt I (Johanniskirche): Mürbels mit Zwiebel und Blatt.

Speiseanstalt II (Blechenhagensee): Linsen mit Wiener Würstchen.

133. Sachsische Landeslotterie.

4. Klasse.

Ziehung vom 5. April.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 285 Mark gekennzeichnet.

(Ohne Gewinn.) (Rückende verboten.)

20000 auf Nr. 94121 bei Herrn Georg Möhlens in Dresden.

5000 auf Nr. 58882 bei Herrn Georg Möhlens in Dresden.

5000 auf Nr. 62407 bei Herrn H. S. Bucher in Görlitz bei Meißen.

5000 auf Nr. 68886 bei Herrn Adolf Schreiber in Dresden.

5000 auf Nr. 80792 bei Herrn Gustav Landau, in Sa. ; G. Jarmu-

lowsky u. Co. in Löbau.

5000 auf Nr. 84409 bei Herrn Herm. Schmidt, in Sa. ; G. F. Schmidt

in Leipzig.

5000 auf Nr. 92012 bei Herrn Herm. Jahn, in Sa. ; U. W. Michel

in Sebnitz.

850 81 881 779 698 685 608 606 862 287 443 688 820 526

455 1558 142 266 117 205 606 550 654 787 871 285 71 994

(600) 716 572 2852 490 108 15 920 519 781 728 (1000) 402

765 280 (800) 202 578 478 361 (1000) 628 604 10 888 821

886 51 852 88 889 463 859 165 188 4370 928 480 541 8 (500)

680 67 826 (800) 504 682 681 980 647 580 (500) 609 954

5250 758 982 280 (500) 37 274 557 981 118 608 378 48

6228 109 571 684 660 285 258 880 806 112 815 545 424 7658

8717 4 481 680 387 829 34 781 171 710 798 8880 648 286 174

87 200 887 356 878 894 682 650 (1000) 601 554 (3000)

439 108 143 688 31 988 150 161 9548 828 450 880 295 654

185 694 129 10070 704 610 642 202 108 (8000) 682 (800) 578 (1000) 182

400 546 194 508 11788 815 495 269 428 819 485 718 12 69

12952 859 846 388 808 877 971 672 477 28 802 15474

121 418 875 558 510 654 138 (800) 72 555 468 881 808 117

857 (800) 725 570 932 14863 181 443 25 (800) 448 (500) 420

11 649 456 155 898 641 924 55 884 152 284 988

15582 606 685 418 885 877 278 (800) 92 158 864 28 810

894 50 287 5

2. Beilage zu Nr. 78 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, den 5. April 1898.

Soziale Rundschau.

In Gotha streiken die Tischler und die Dachdecker. Die Tischler haben das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Fünf Meister, darunter zwei Innungsmeister, haben die Forderungen bewilligt. 83 Arbeiter stehen im Ausstand. Die Dachdecker sind hier ähnlich organisiert. Ihre Forderungen sind: 10 stündige Arbeitszeit, 45 Pfg. Stundenlohn, 70 Pfg. Buschtag den Tag bei Arbeiten außerhalb der Stadt und 10 Pfg. Buschtag für jede Überstunde. Letztere 10 Pfg. werden nicht ausgezahlt, sondern zu einem Fonds für Unterstützung bei Unglücksfällen angezahlt. Die Gesellen waren bereit, ihre Lohnforderung auf 38 Pfg. die Stunde zu ermäßigen, falls die anderen Forderungen bewilligt würden, jetzt bestehen sie auf 45 Pfg. Wenn der Zugang von Dachdeckern einige Zeit fern gehalten wird, dann ist der Sieg den Arbeitern gesichert.

Generalversammlung des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede. Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede hielt vom 21. bis 23. März in München seine dritte ordentliche Generalversammlung ab, zu der 47 Städte Vertreter entsandt hatten. Die Versammlung wurde von Bischoff-Hamburg und Friß-Berlin geleitet. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Geschäftsbereich des Centralvorstandes, der vom Centralvorstand Bischoff gegeben wurde, dem sich sodann der Bericht des Hauptklassierers Bludner anschloss. Der Verein hatte in der Geschäftsperiode vom 1. Oktober 1894 bis 31. Dezember 1897 infolge eines Nassenzustandes von 18029.50 Ml. eine Gesamteinnahme von 149848.46 Ml. Die Ausgabe war 91276.76 Ml., darunter 25479.53 Ml. für Kleinstunterstützung, 18472.25 Ml. für Ortsunterstützung, 1903.50 Ml. für Streikunterstützung, 1170 Ml. für Unterstützung arbeitsunfähiger Kollegen, 10806.05 Ml. für das Vereinsorgan, 3709.05 Ml. für Kongress, 1992.31 Ml. an die Generalkommission und 568.85 Ml. für Rechtsanwalts- und Gerichtskosten. Als Nassenzustand verblieben 58371.70 Ml. Außerdem durch die Sammlungen wurden 1685.20 Ml. für eigene Streiks, 4107 Ml. für Streiks anderer Organisationen und 1825.79 Ml. für hilfsbedürftige Kollegen ausgebracht. Die dem Verein angegliederte Sterbekasse hatte eine Einnahme von 10597.50 Ml. und eine Ausgabe von 11106.60 Ml. Der Verein zählte in 57 Zahlstellen 3300 Mitglieder. In der Debatte über den Bericht werden wesentlich interne Verbandsangelegenheiten berührt. Angenommen wurde ein von Niebergall-Hamburg eingebrachter Antrag, daß diejenigen Vereine, die gewerkschaftlichen Kartellen nicht angehören, durch Beschluss der Generalversammlung zum Ausschluß veranlaßt werden sollen, mit dem von Niemi-Bremen

beantragten Zusatz, daß die Fällen, wo die örtlichen Mitglieder nur in Staatsbetrieben beschäftigt sind, von diesem Beschlusse entbunden sein sollen. Zur Beratung kommen sodann allgemeine Anträge. Abgelehnt wurden nach eingehender Diskussion der Antrag Wilhelmshaven, einen einheitlichen Wochenbeitrag von 50 Pfg. zu erheben, aus den Einnahmen die Neise-, Orts-, Kraulen- und Sterbeunterstützung auf 1 Ml. pro Tag und auf die Dauer von 13 Wochen festzusetzen. Eine längere Debatte entspann sich über die Anträge Elbing, Konitz und Mannheim, betr. die Gewährung einer Umzugunterstützung. Schließlich wurde der Antrag Mannheim in folgender von Blose-Mannheim vorgeschlagenen Fassung angenommen: Mitgliedern, die 5 Jahre dem Verein gesteuert und während dieser Zeit keine Unterstützung begogen haben, können, wenn sie nachzuweisen, daß sie gezwungen sind, den Ort zu verlassen, die Umzugskosten verglast werden; sie werden jedoch erst wieder unterstützungsberechtigt, wenn sie 26 bzw. 52 Wochen gesteuert haben. Der Antrag Nürnberg, betr. die Gründung eines centralen Streiffonds, wurde abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Berlin, der lautet: Da in mehreren Filialen unseres Vereins für ordnungsmäßige Geschäftsführung, sowie für statutenmäßige Einwendung der Abrechnungen nicht genügend Sorge getragen wird, so wird der Centralvorstand ersucht, von dem im § 23 näher bezeichneten Rechten strikten Gebrauch zu machen. Eine Anzahl anderer Anträge wurde abgelehnt und erfolgte sodann der Schluss der Versammlungen.

Terrorismus der Unternehmer. Der Hannoversche Volkswille ist in der Lage, daß nachfolgende Schriftstück zu veröffentlichen:

Verein der Kupferschmiedebetriebe Deutschlands.
Vertraulich.

Hannover, den 30. März 1898.
Der Vorstand des Bezirksvereins Brandenburg stellt uns mit, daß unter den Kupferschmiedebetrieben der Firmen B. Helmuth und J. W. Pest in Berlin ein Streit ausgebrochen ist, nachdem von den Mitgliedern des Bezirksvereins die Forderung eines Mindestlohnes von 45 Pfg. abgelehnt worden.

Indem wir auf § 13 der Satzungen hinweisen, wonach jedes Vereinsmitglied verpflichtet ist, unter keinen Umständen Kupferschmiedebetrieben zu beschäftigen, die bei einem Vereinsmitgliede unberechtigterweise (?) die Arbeit niedergelegt haben, geben wir nachstehend das Verzeichnis der Streikenden:

(Folgen Namen, Alter und Geburtsort von 28 im Alter von 20 bis 44 Jahren stehenden Arbeitern.)
Da ein Teil der Streikenden bereits Berlin verlassen hat, bitten wir die Liste genau zu beachten.

Der Vorstand:
Herrn. Schmidt. Fr. Neumann.
Auf deutsch ist das eine Verrückserklärung schönster Form.

Ein gefährliches Symptom der Entwicklung macht sich im Kreise Heidekrug unter den litauischen Landbevölkerung bemerkbar. Wie eine Seuche hat sich das Aethertrinken verbreitet. Der Kreisphysikus Dr. Cohn berichtet darüber in der Vierteljahrschrift für gerichtliche Medizin. Seit etwa 1887 wird der Missbrauch beobachtet. Wie es jetzt steht, geht aus der nachfolgenden Schilderung des Arztes hervor:

Von der Beliebtheit des Aethers unter den Bauern kann sich jeder überzeugen, der an Markttagen hier oder im benachbarten Süden weilte. Auf Schritt und Tritt macht sich der Aethergeruch, herstammend aus der Ausatmungsluft der halb oder ganz angetrunkenen Bauern bemerkbar, und wenn an den Passanten der Landstraße zwischen den Händen heftig und dem Nachbarorte ein mit lärmenden Insassen gefüllter Wagen, auf dessen Pferde der betrunke Aether erbarmungslos dreinschlägt, im getrockneten Galopp vorbeifährt, so liegt an ihm gleichzeitig ein äußerst lustiger Lustzug vorüber. In dem Genuss des Aethers gibt es keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Man sieht am Schluß des Marktages ebensoviel betrunke Männer wie Weiber herumlaufen und mir sind Fälle bekannt, in denen bereits Kinder im jüngsten Alter nicht nur zeitweilig dem Aethergenuss frönen, sondern sich dergesten an ihn gewöhnt hatten, daß es schwer fiel, ihnen den Aether zu entziehen.

Dr. Cohn schildert, wie ganze Familien infolge des gewohnheitsmäßigen Aethertrinkens verarmen. Einen schweren Stand hat die Schule. Wiederholt sind bei Schulkinderen dauernde geistige Schäden beobachtet worden, die auf das Aethertrinken zurückzuführen sind. Die Arzte müssen mit dem Umstände rechnen, daß unter der Landbevölkerung der Aethermissbrauch stark verbreitet ist. Vergesellschaften waren ihre und der Aether Gemüthungen, dem Nebel Einhalt zu thun.

Die Vorliebe für den Aether ist darauf zurückzuführen, daß der Aether billiger ist als der Kartoffelschnaps. Während der Liter Spiritus in Heidekrug durchschnittlich 1.30 Ml. kostet, stellt sich der Preis des Aethers auf 1 Ml. Ferner genügen zu einem ordentlichen Rauch viel geringere Mengen von Aether als von Schnaps. Die Ursache des Vorfests hat man natürlich in der elenden Lage der litauischen Landbevölkerung zu suchen. Wie sich der elendest bezahlte Arbeiter in England dem Opiumgenuss ergiebt, dem stärksten Betäubungsmittel, das ihm zu Gebote steht, so der Litauer, dank der erbärmlichen Lebenshaltung, zu der ihn die gewingrigste Junkerschaft durch Unterbezahlung und Überarbeitung zwingt, dem Aether. Daher wird auch der Vorschlag Dr. Cohns, den Verkauf von Schnapsläther den Apotheken allein zu gestatten, nicht viel ausrichten.

Sommer-Paletots für Herren

in den neuesten Façons, in den modernsten Farben, von 15 Mk. an.

Steigerwald & Kaiser, Leipzig.

C. Hammer
Uhrenhandlung
Wintergartenstr. 15
am Kristallpalast.



Wecker
mit Absteller
Mk. 2.50.
2 Jahre Garantie.

Regulateure
mit Schlagwerk
von Mk. 10.00 an.
2 Jahre Garantie.



Taschenuhren
in großer Auswahl.
Cylind.-Remont.
mit Goldrand
Mark 10.00.
2 Jahre Garantie.

Reparaturen:

Neue Feder einsetzen	1 Ml.
Neues Uhrglas	10 Pf.
Neuer Uhrzeiger	10 "
Neuer Uhrkling	10 "
Neuer Uhrschlüssel	5 "

Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.

ca. 1000
Knaben-Anzüge
u. a. entzückende Modelle
stelle ich von heute ab bis Ostern
zu fabelhaft billigen Preisen
zum Verkauf.

F. Anspach
Reichsstr. 11. Reichsstr. 25.
Bitte um Beachtung der Schaufenster.

PATENTE. Gebrauchs-Muster.
Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:
Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestrasse 7.

Inventur-Ausverkauf

in Porzellan- und Glaswaren.

Tafel-Service, Kaffee-Service, Waschgarnituren, Bowlen
Wein-, Bier- u. Liqueurservice, weisse Gebrauchsgeschirre.

20% Rabatt auf sämtliche Artikel.

Ecke Tauchaer u. Mittelstrasse. Gustav Germer Ecke Tauchaer u. Mittelstrasse.

Sehr billig! Trockene Wachs-Kern-Seife aufgerodentlich waschfähig. 5 Pfund nur 1 Mark.

Klingers Seifen-Fabrik, Petersstraße 48.

Sehr gut! Gr. Lager neue u. geh. Möbel, Vertikos 20, 38 u. 65 Ml., Kleberath 24-28 Ml., Sofa 26 Ml., Ottom. 30 in Blau 50 Ml., Weißer Spiegel, 10 Ml., Trumeauspiegel 50 Ml., Bettst. 28 Ml., Tische u. Stühle, ein Stuhl, Kleiderkasten, 3. port. etc.

Gemüse-, Blumen-, Gras- und Feldsamen

In nur bester Qualität.

Reichhaltiges Lager
Blühender Knollen- u. Zwiebel-
Gewächse, Beerenobst.
Illustr. Kataloge gratis und franco.
Jeder Käufer erhält gratis
ein Gartenbuch.

Dasselbe enthält auf 82 engbedruckten Seiten: Beschreibungen über Boden-
bearbeitung, das richtige Düngen, Säen, Pflanzen, Gießen etc., Aus-
saat, Anzucht, Pflege der Gemüse,
Blumen, Grasläuse, Schlinge,
Ginseng, Topfpflanzen,
Spießelius und Knollen-Gewächse,
Champignonzucht etc.

Es enthält einen ausführlichen monatl.
Gartenarbeitskalender, Schuhmittel
gegen die schädlichsten Pflanzenfeinde
und Krankheiten etc. [2985]

Emil Doss Nachf.

Neumarkt 8.

Moritz Bergmann

Naschmarkt, Rathaus.



Konfirmanden-Uhren

in Silber von 10 Mf. an
in Gold von 16 Mf. an

Alle Leser der Volkszeitung
noch
10 Prozent Rabatt.

Für jede Uhr mehrjährige
reelle schriftliche Garantie.

M. Kemski

6 Nürnberger Str. 6.

Fabrik

für

Lehrlings-Bekleidung
aller Branchen

empfiehlt zum billigsten Preis
Laboratorium - Mäntel

Jacken, Schürzen

Mützen

für Fleischer
für Konditoren
für Köche
für Bäcker

Blusen

für Mechaniker
für Maler
für Stuckateure
für Schriftsetzer

Blaue Anzüge

für Maschinenbauer
Schlosser und
Maschinisten
halte stets Lager und fertige auch
nach Maass.

H. Heerde

Leipzig

Bayerische Strasse 26.

Billiger als aus Privathand
Betten! **Betten!**

besonders preiswert

Rote und bunte Inlett
Dreibett, Unterbett u. Säulen Mf. 10,
12.70, 14.50, 17.75, 19.50. Großes
Lager sein. Ausstattungsbett, 6.50 Mf.
Böhmisches Bettfedern, gut gereinigt,
Mf. 55, 80 g, 1—1.50, 2—4.50 Mf.
verkauft, so lange der Vorrat reicht.
Nürnberg. Straße 22.

Gold tauft z. höchst. Breiten
Uhrmacher Becker,
Kästl. Steinweg 33.

Direkt von Aachen!

weltberühmt durch fast auf allen Ausstellungen prämierte Tuche liefern wir zu hervor-

ragend niedrigen **Herren-Anzug- u. Paletotstoffe**

von einfachsten bis feinsten in reeller Ware. Vorzügl. erstklassige Musterauswahl
senden jedem franko ohne Kaufzwang. Welt über 1000 ehrende Anerkennungs-
schreiben beweisen unsere tadellose Lieferung. Die Zahl der uns allein im Jahre 1897 durch unsere
geschmackvollen, gediegenen Tuche und billigen Preise erworbenen neuen Kunden beträgt

11860 — Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden;

da sie sich durch unsere Bücher erglebt! uns. seit 1893 bekannte und beliebte Specialität wird in schwarz, blau, braun
geliefert und kosten 3 Meter zum gesagten Anzuge **12 Mark.**

Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für reine Wolle, echte Farbe!

Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen Nr. 204. Man bittet genau zu adressieren.



Billigste Bezugsquelle! Berkauf sämtliche Kinders-
wagen und Korbwaren
selbst von Fachleuten zu auerfaul billigen Preisen.

Reform-Kinderwagen Mk. 13.

Reisekörbe 2.75

Tragkörbe 2.50

Leiterwagen 3.

Kinderkörbe 2.75

Gebrauchte Kinderwagen werden in eigener Werkstatt
elegant vorgerichtet. [3112]

Hauptgeschäft: Reudnitz, Senefelderstr. 1

Filiale: Sellerhausen, Wurzener Strasse 59

Moritz Winkler.

Feste Preise.

Beschiedenes Glück.

Wer nennt ein holdes Liebchen sein,
Vom grossen Glück sagen kann —
Ist sonst auch sein Besitztum klein,
So ist er doch ein reicher Mann!
Was nicht dem Menschen Gut und Geld,
Doch alles sonst nach Wunsche geht,
Wenn er auf Gottes weiter Welt
Ganz einsam und verlassen steht!
Ein süßes Liebchen in dem Arm,
Gibt schon auf Erden Seligkeit —
Dann schlägt das Herz gar hell und warm
In Goldner 24 Fleib.

Ein freibillet

für das Kristall-Palais-Vorstadts erhält jeder
Käufer selbst beim kleinsten Einkauf.

Konfirmanden-Anzüge	b. Mf. 5 6 7/8, 9 10 u. höher
Konfir. Anz., w. n. Wahl gearb.	12 13/8, 15 17 20 u. höher
Herren-Anzüge, gut gearbeitet	7/8, 9 12 15 17 u. höher
Herren-Anzüge, ff. Nouveautés	10 21 24 28 32 u. höher
Herren-Paletots, in allen Farben	7/8, 9 11/8, 14 17 u. höher
Herren-Paletots, elegant	19/8, 21 23 26 29 u. höher
Herren-Hosen, sehr haltbar	1 1/2, 2 2 1/2, 3 4 u. höher
Herren-Hosen, hochsein	5 1/2, 7 9 10 12 u. höher
Herren-Jackts, 1- u. 2-reihig	4 6/8, 8 10 13 u. höher
Herren-Mäntel, solid	8 10 11/8, 14 16 u. höher
Knaben-Anzüge, alle Fasongs	1 1/2, 3 4 5/8, 7 u. höher

Grösste, billigste und reellste Einkaufsstätte.

Georg Simon zur [3205]

„Goldnen 24“

1. Etage, 24 Grimmaische Strasse 24, 1. Etage.

Frack-Verleih-Institut.

Höchste Neuheit sind

Tretbars

patentierte Reform-Kinderwagen

(Keine Finger marternden Sturmstangen mehr.)

Im grössten Auswahl in den elegantesten Farben zu

Fabrikpreisen von 18 Mf. an. [2987]

Hinkel & Kutschbach Nachf.

Petersstrasse 36, Passage: Ritzing & Helbig.

Zu haben

in den meisten Kolonialwaren-, Drogen- u. Seifenhandlungen.



Dr. Thompsons Seifenpulver

ist das beste
und im Gebrauch

billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

Man achtet genau auf den Namen „Dr. Thompson“
und die Schutzmarke „Schwan“.

Monatsgarderobe.

Empfohlen in reicher Auswahl allerfeinste
Frühjahr-Paletots, kompl. Anzüge,
Jackts, Kleinkleid etc. Elegante Frads und
Gesellschaftsanzüge auch leihweise. [2985]

N.B. Um Irrtum zu vermeiden, bitte

ich zu beachten, dass ein Juwelgeschäft von

mir am Platze nicht besteht.

J. Kindermann, Salzgässchen 9.

Alle Sorten Zier- u. Singvögel
sowie häufreich Vogelfutter aller Art.

Emil Richter, Plagwitz, Ziegelsstr. 7.

Sächsische Bettfedernfabrik

Peter Schöffler, Plagwitz
verkaufte schöne [2981]

Gänselfedern, pro Pfund

zu beziehen Petersstrasse 12.

Möbel, Spiegel u. Polster-

Ausführung zu außergewöhnlich billigen

Preisen empfiehlt [9740]

Hermann Dietrich, Tischlerstr.

Bindenau, Merseburger Str. 83.

Passend f. Brautleute

u. Familien. Groß. Posten Schränke,

Vitrilos, Vertikos, Spiegel,

Stühle-Ottomanen, Sofas, Bettstellen,

Matratzen etc. billig zu verkaufen.

Hospitalstrasse 2, part.

Brautleuten

empfiehlt mein bestrenommiertes

Waren- u. Möbel-Kredit-Haus.

Großes Lager in

Möbel

und selbstgesetzten

Polsterwaren

jeder Art zu billigen Preisen.

Lieferung ganzer

Wohnungseinrichtungen

schon von 250 Mf. an.

Alles auf bequeme wöchentliche,

14-tägige oder monatliche

Abzahlung.

J. Jttmann

Johannisplatz 4 u. 5, I.

neben der Bürgerschule.

Wilhelm Frenzel

Mechaniker

Leipz.-Neustadt, Eisenbahnstr. 31

Attila, Rapid etc.

Fahrräder

Große Reparatur-Werkstätten

für Fahrräder u. Maschinen aller Fabrikate

Lager sämtlicher Zubehörteile

Unterricht u. Verkauf jederzeit kostenfrei.

Günstige Zahlungsbedingungen,

Lager gebrauchter Fahrräder.

Wilhelm Frenzel

Leipz.-Neustadt, Eisenbahnstr. 31

Tele